

Beschlussbuch Landesparteitag 21. März 2026

cvtx

9. April 2026

Inhaltsverzeichnis

2026/1//1 Resolution: Olympia ist eine Chance für alle. Ja zu Olympischen und Paralympischen Spielen in Hamburg	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	1
2026/1//2 Leitantrag: Heute investieren und konsolidieren, damit Hamburg auch morgen stark und solidarisch bleibt!	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	5

Woh Wohnen / Stadtentwicklung 19

2026/1/Woh/1 Initiative zur Bekämpfung von unangemessener Mietpreissteigerung und Wucher	
<i>Annahme</i>	19

Verk Verkehr / Mobilität 20

2026/1/Verk/3 Statistik Bahnverspätungen: Zeit ist relativ, Verspätungen sind es nicht	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	20
2026/1/Verk/4 Nutzungsberechtigung für Behindertenparkplätze erweitern	
<i>Annahme</i>	21
2026/1/Verk/5 Kreisverkehre als Standardlösung – Bei anstehenden Sanierungsmaßnahmen oder Neubauten in Hamburg vorrangig Kreisel statt Ampelkreuzungen prüfen	
<i>Annahme</i>	22
2026/1/Verk/6 Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern ernst nehmen und mehr Sicherheit im öffentlichen Raum herstellen: Mehr Abstellflächen von E-Scootern schaffen	
<i>Annahme</i>	23
2026/1/Verk/7 Transparentes Baustellenmanagement: Bekanntmachung und Monitoring von Baustellen auf Hauptverkehrsstraßen auf hamburg.de	
<i>Annahme</i>	24

Umw Umwelt / Energie	25
2026/1/Umw/1 Standardisierte Mehrwegpools stärken – ökologische Fehlsteuerungen durch Branded-Bottles beenden	
<i>Annahme</i>	25
2026/1/Umw/2 Energiewende vorantreiben und Barrieren abbauen	
<i>Annahme</i>	27
Arb Arbeit	28
2026/1/Arb/1 Nachreichung formaler Qualifikationen bei Bewerbungen auf Behördenstellen ermöglichen	
<i>Annahme</i>	28
2026/1/Arb/2 Erhalt der Weiterbildungspflicht für Immobilienmakler und Wohnimmobilienverwalter – Qualifizierung ist keine Bürokratie!	
<i>Annahme</i>	29
Soz Soziales	30
2026/1/Soz/1 Schlafen auf der Straße – Winternotprogramm bedarfsgerecht ausbauen!	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	30
2026/1/Soz/3 Chancengerechtigkeit durch soziale Vernetzung Prüfung von Patenschaftsprogrammen an Hamburger Schulen	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	31
2026/1/Soz/4 Soziale Arbeit braucht soziale Förderung!	
<i>Annahme</i>	32
2026/1/Soz/5 Wirklich keine Bezahlkarte – Selbstbestimmung statt Kontrolle!	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	33
2026/1/Soz/6 Kürzungen stoppen, Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg sichern!	
<i>Erledigt durch 2026/1/Soz/8</i>	34
2026/1/Soz/7 Orange The World – Gewalt gegen Frauen in allen Stadtteilen Hamburgs adressieren und erfolgreich bekämpfen	
<i>Annahme</i>	35

2026/1/Soz/8 Jugendhilfe zukunftsfest machen – Soziale Infrastruktur im Hamburger Haushalt nachhaltig aufstellen	
<i>Annahme</i>	36
2026/1/Soz/9 Jugendhilfe zukunftsfest machen – Soziale Infrastruktur im Hamburger Haushalt nachhaltig aufstellen	
<i>Erledigt durch 2026/1/Soz/8</i>	38

Bil Bildung / Ausbildung 39

2026/1/Bil/1 Mehr Umweltschutz an Hamburger Schulen	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	39
2026/1/Bil/2 Informatik-Unterricht an die Lebensrealität anpassen	
<i>Erledigt durch Regierungshandeln</i>	40
2026/1/Bil/3 Verpflichtende Exkursionen in Schulen	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	41
2026/1/Bil/4 Einführung eines Hamburger Jugendparlaments (14– 18 Jahre) – verbindliche Mitbestimmung für junge Menschen	
<i>Erledigt (Wird schon umgesetzt als Pilotprojekt: Jugendbeiräte in Wandsbek und Altona)</i>	42
2026/1/Bil/6 Lernmittel im Schulunterricht aktuell und interessant gestalten	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	43
2026/1/Bil/7 Mitreden statt zusehen – Schüler*innenvertretung ernst nehmen!	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	44
2026/1/Bil/10 Zinsobergrenze für mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit	
<i>Annahme</i>	45
2026/1/Bil/11 Aufmerksamkeit, Aufklärung, Ausbildung, Diagnostik, Inklusion und Versorgung für Menschen mit Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung (ADHS) und anderen Neurodivergenzen wie zum Beispiel der Autismus-Spektrumsstörung (ASS) oder FASD in Hamburg erhöhen und verbessern.	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	46
2026/1/Bil/12 Fernunterricht entbürokratisieren und an die digitale Realität anpassen - FernUSG abschaffen oder konsequent modernisieren	
<i>Annahme</i>	47

Ges Gesundheit	48
2026/1/Ges/1 Alkoholmissbrauch verhindern – Für eine gesundheitsorientierte und sozial verantwortliche Regulierung	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	48
2026/1/Ges/3 Die Hebammenversorgung am Limit: Jetzt handeln für eine sichere Geburtshilfe!	
<i>Annahme</i>	49
2026/1/Ges/4 Geschlechtskrankheiten ernst nehmen!	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	50
2026/1/Ges/6 Müttersterblichkeit verringern, Leben retten	
<i>Annahme</i>	51
2026/1/Ges/7 Diskriminierungsfreie Gesundheitsprüfungen bei der Verbeamtung in Hamburg	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	52
2026/1/Ges/8 Gesundheit: Einführung einer Lebensretter-App	
<i>Erledigt durch Koalitionsvertrag (dort S. 107 unten. „Wir prüfen die Einführung einer Ersthilfe-App“)</i>	53
2026/1/Ges/9 Sicherstellung der gefährdeten stationären Kindermedizin im Osten Hamburgs	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	54
2026/1/Ges/10 Stärkung der Patientenvertretung im Gemeinsamen Bundesausschuss	
<i>Annahme</i>	55
2026/1/Ges/11 Sitz und Mitberatungsrecht für die Patientenvertretung	
<i>Annahme</i>	56
Innen Inneres	57
2026/1/Innen/1 Sicherheitshilfen für ein lebendiges, offenes Hamburg	
<i>Annahme</i>	57
2026/1/Innen/2 Dezentrale, soziale und menschenwürdige Unterbringungspolitik für Geflüchtete	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	58

2026/1/Innen/3 Gesetzesinitiative zum Schutz der wehrhaften Demokratie: Mit einem Finanzierungs-Ausschluss die Beschäftigung verfassungsfeindlichen Personals nicht auch noch staatlicherseits fördern!

Annahme 59

2026/1/Innen/4 Resilienz als oberstes Schutzgebot: Optimale Informationen aus einer Hand als Aufgabe der staatlichen Daseinsvorsorge sicherstellen

Annahme 60

2026/1/Innen/5 Engagement in der Freiwilligen Feuerwehr angemessener wertschätzen und stärken

Annahme in geänderter Fassung 62

Recht Recht

63

2026/1/Recht/1 Resozialisierung fördern - Kommunikation vereinfachen!

Annahme in geänderter Fassung 63

2026/1/Recht/2 Transparenz für alle – Gebühren auf Null!

Annahme in geänderter Fassung 64

2026/1/Recht/4 Verbot von Werbung und Sponsorings für Glücksspiel

Annahme 65

2026/1/Recht/5 Keine Grauzonen für Übergriffe – Strafbarkeit von Voyeur-Aufnahmen ausweiten

Annahme in geänderter Fassung 66

2026/1/Recht/6 Für den besseren Schutz vor heimlichen Voyeur-Aufnahmen: Gesetzeslücke endlich schließen!

Erledigt durch 2026/1/Recht/5 67

2026/1/Recht/7 Verbot der Verteilung von Werbematerial an Kraftfahrzeugen gemäß § 23 Absatz 3 Nummer 1 HWG

Annahme 68

2026/1/Recht/8 Demokratie schützen – Rechtsextremismus entschieden entgegen-treten – AfD-Verbotsverfahren prüfen, staatliche Finanzierung beenden, Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst entfernen

Annahme 69

2026/1/Recht/9 Öffentlich-rechtlichen Rundfunk vor Angriffen schützen – Zustimmungspflicht der Bürgerschaft für Kündigungen von Staatsverträgen verankern

Annahme 70

2026/1/Recht/11 Beförderungserschleichung entkriminalisieren	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	71

Teilh Gleichstellung / Teilhabe **72**

2026/1/Teilh/1 Ernsthaft Demokratie fördern?! Jetzt: Ein Landesintegrationsrat für Hamburg	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	72

2026/1/Teilh/2 Einsetzung einer/s Beauftragten für Antirassismus und Integration für Hamburg	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	73

2026/1/Teilh/3 Parität ist möglich: Geschlechtergerechtigkeit als Staatsziel in der Hamburgischen Verfassung verankern	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	74

2026/1/Teilh/4 Parität ist möglich: Geschlechtergerechtigkeit als Staatsziel in der Hamburgischen Verfassung verankern	
<i>Erledigt durch Teilh/3</i>	76

2026/1/Teilh/5 Parität ist möglich: Geschlechtergerechtigkeit als Staatsziel in der Hamburgischen Verfassung verankern	
<i>Erledigt durch Teilh/3</i>	77

2026/1/Teilh/6 Monitoring/ Ergebnisse der Planungen und Aktivitäten „Age friendly City“	
<i>Annahme</i>	78

2026/1/Teilh/7 Verbesserung der telefonischen Erreichbarkeit bei Hamburger Behörden und stadteigenen Unternehmen	
<i>Annahme</i>	79

2026/1/Teilh/8 Telefonische Erreichbarkeit der Hamburger Behörden und Landesbetriebe	
<i>Erledigt durch Teilh/7</i>	81

2026/1/Teilh/9 Zugang zum Integrationskurs ermöglichen: Gegen Sparmaßnahmen bei Integrationskursen!	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	82

2026/1/Teilh/10 Integrations- und Berufssprachkurse kostenlos erhalten	
<i>Annahme</i>	83

Eur Europa	84
2026/1/Eur/1 Europäische Buchungsplattform für Bahnreisen – im Einklang mit laufenden EU-Initiativen	
<i>Annahme</i>	84
2026/1/Eur/2 ICE, Trump und co. nicht an unsere Daten lassen!	
<i>Annahme</i>	85
Kul Kultur	86
2026/1/Kul/2 Hornkate Altengamme: Kulturdenkmal und Deichsicherheit	
<i>Annahme</i>	86
2026/1/Kul/4 Ausweitung der Kulturfreikarte	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	87
2026/1/Kul/6 8. März als Feiertag!	
<i>Annahme</i>	88
Wi/Steu Wirtschaft / Steuern	89
2026/1/Wi/Steu/2 Für ein Verbot des Fliegenlassens weißer Tauben in Hamburg	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	89
2026/1/Wi/Steu/4 Mehr Schutz für Tiere – Feuerwerksverbotszonen in Hamburg ausweiten	
<i>Erledigt durch Beschluss 2023/1/Wi/Steu/6</i>	90
2026/1/Wi/Steu/5 Einführung einer Mindestbesteuerung der extrem Vermögenden in Deutschland	
<i>Annahme</i>	91
2026/1/Wi/Steu/6 Forderung nach einem gesetzlichen Rentenfonds zur Sicherung der Altersvorsorge	
<i>Annahme</i>	92
Dig Digitalisierung / Mobilfunk	94
2026/1/Dig/2 Hamburg direkt aufs Handy – Informationen per Messenger	
<i>Annahme</i>	94
2026/1/Dig/3 Bessere Finanzierung für das ZenDiS	
<i>Annahme</i>	95

2026/1/Dig/6 Künstliche Intelligenz strategisch sozialdemokratisch besetzen	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	96

2026/1/Dig/7 Digitale Verwaltung vorantreiben: Online-Beantragung von Dokumenten auch für die Bürger*innen	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	97

Bez Bezirke 98

2026/1/Bez/1 Mehr öffentliche Toiletten im gesamten Hamburger Stadtgebiet	
<i>Erledigt durch Bez/2</i>	98

2026/1/Bez/2 Weiterer Ausbau des Netzes öffentlicher Toiletten	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	99

2026/1/Bez/3 Mehr Geld für die bezirkliche Seniorenarbeit einplanen!	
<i>Erledigt durch Bez/4</i>	100

2026/1/Bez/4 Mehr Geld für die bezirkliche Seniorenarbeit einplanen!	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	101

Org Organisation 102

2026/1/Org/1 Herstellung der Repräsentanz aller Landesverbände im Bundesvorstand der SPD – Statutenänderung zur Stärkung innerparteilicher Solidarität und demokratischer Beteiligung	
<i>Annahme</i>	102

2026/1/Org/2 Grundmandat für alle Landesverbände im Parteivorstand	
<i>Erledigt durch Org/1</i>	103

2026/1/Org/3 Antrag Round Table Wirtschaft Hamburg	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	104

2026/1/Org/4 Hamburg und Europa	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	105

Ini Initiativantrag 106

2026/1/Ini/1 Planungssicherheit für die Hamburger Hochschulen, auch in Zeiten komplizierter Haushaltslagen sichern!	
<i>Annahme</i>	106

Sport Sport	107
2026/I/Sport/1 Mitgemacht! Chronisch kranke Kinder im Sportunterricht fördern <i>Annahme in geänderter Fassung</i>	107
2026/I/Sport/2 Sportangebote leicht zugänglich machen <i>Erledigt durch Active City Map</i>	108
2026/I/Sport/3 Olympische und Paralympische Spiele mit Mehrwert für die Quartiere – Verbesserungen für Alltag, Sport, Mobilität und Stadtverträglichkeit sicherstellen <i>Erledigt durch Resolution 2026/I/1 Olympia ist eine Chance für alle. Ja zu Olympischen und Paralympischen Spielen in Hamburg</i>	109
AUSSEN Außenpolitik	110
2026/I/AUSSEN/1 Für ein gemeinsames Einwirken der europäischen Partner auf Israel zur Einhaltung des Völkerrechts in Gaza <i>Annahme in geänderter Fassung</i>	110
2026/I/AUSSEN/2 Strategische Partnerschaften mit dem Globalen Süden systematisch bündeln – modellhafte ressortübergreifende Koordination prüfen <i>Annahme in geänderter Fassung</i>	111
Wis Wissenschaft	112
2026/I/Wis/2 Faire Nachqualifikation für Public Management-Studierende zur Stärkung des öffentlichen Dienstes in Hamburg <i>Annahme in geänderter Fassung</i>	112
2026/I/Wis/3 Prüfung Einrichtung eines sogenannten „EGovLabs“ an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) <i>Annahme</i>	113
2026/I/Wis/4 Stopp mit der Doppelfinanzierung <i>Annahme</i>	114
2026/I/Wis/5 Gute Wissenschaft braucht gute Finanzierung! – Strukturelle Finanzierung der Hamburger Hochschulen erhöhen! <i>Erledigt durch Annahme Ini 1 „Planungssicherheit für die Hamburger Hochschulen, auch in Zeiten komplizierter Haushaltslagen sichern!“</i>	115

2026/I/Wis/6 Implementierung digitaler Wissensquiz im öffentlichen Raum für Erwachsene

Annahme **116**

2026/I//1**Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

Resolution: Olympia ist eine Chance für alle. Ja zu Olympischen und Paralympischen Spielen in Hamburg

Die SPD Hamburg unterstützt die Bewerbung unserer Stadt um die Olympischen und Paralympischen Spiele. Sie sind eine einmalige Chance für Hamburg. Wir sagen Ja zu Olympia in Hamburg und ermutigen alle Hamburgerinnen und Hamburger, beim Referendum am 31.5. mit uns „ja“ zu stimmen!

Wir wollen Spiele, die Begeisterung wecken und für unvergessliche sportliche Momente sorgen. Wir wollen Spiele, die Menschen verbinden und die Hamburg-typische Weltoffenheit feiern. Wir wollen Spiele, die zu Hamburg passen und langfristig positiv wirken – für unsere Stadt und künftige Generationen.

Begründung:

Olympia begeistert. Vier Sommerwochen, in denen die Augen der Welt auf Hamburg gerichtet sind. Vier Wochen sportliche Höchstleistungen, starke Emotionen und internationale Begegnungen in der ganzen Stadt. Wir haben die Chance, Teil dieser großartigen Geschichte zu werden.

Olympische und Paralympische Spiele sind weit mehr als ein Sportereignis. Sie sind ein Zukunftsprojekt für Hamburg. Olympia hat die Kraft, Menschen zusammenzubringen und langfristige Veränderungen anzustoßen. Wir wollen diese Kraft nutzen! Olympia passt zum Anspruch der SPD Hamburg, die ganze Stadt im Blick zu haben und mit einer klaren sozialdemokratischen Handschrift gezielt voranzubringen – als lebenswerte und zukunftsfähige Metropole, als offene und herzliche Gastgeberin, als Impulsgeberin für Bewegung, Gesundheit, Zusammenhalt, Inklusion und Nachhaltigkeit. Olympia ist eine Chance für alle.

I. Hamburg als weltoffene Gastgeberin Hamburg steht für Weltoffenheit, Respekt, Vielfalt und Demokratie. Mit einer Bewerbung zeigen wir, wofür unsere Stadt steht – selbstbewusst, modern und international.

II. Nachhaltiger Mehrwert für die Stadt

Wir wollen Olympische und Paralympische Spiele, die unsere Sportanlagen verbessern, die den Bau neuer U- und S-Bahnlinien beschleunigen, Hamburg zu einer der barriereärmsten Städte Europas machen und neue soziale Räume schaffen, die auch nach Olympia bleiben.

III. Spiele für alle Hamburgerinnen und Hamburger Olympia soll in der ganzen Stadt erlebbar sein. Mit den zahlreichen über die Stadt verteilten Trainingsstätten sowie mit dezentralen, barrierefreien und kostenlosen Veranstaltungen, Public Viewing, vergünstigten Tickets für die Wettkämpfe und Mitmachaktionen in allen Bezirken schaffen wir ein gemeinsames Erlebnis für alle Hamburgerinnen und Hamburger. Ganz Hamburg verwandelt sich in ein Olympisches Dorf der Begegnung, des Sports und der Gastfreundschaft. Alle Menschen in Hamburg sollen die Möglichkeit haben, Teil der Spiele zu sein und olympische Momente hautnah und vor der eigenen Haustür zu erleben. Wir wollen Olympische und Paralympische Spiele, die eine Chance für alle in Hamburg bieten. Die bestehenden Sorgen in Teilen der Hamburger Bevölkerung gegenüber der Ausrichtung der Spiele nehmen wir ernst. Deswegen werden wir darauf achten, dass es zu keinem Zeitpunkt zu Verdrängungseffekten in unserer Stadt kommt.

IV. Schub für die Active City

Hamburg ist bereits heute „Active City“. In keiner anderen Metropole machen so viele Menschen regelmäßig Sport. Durch die Spiele wollen wir diese Position weiter ausbauen, Spitzen- und Breitensport noch stärker fördern und mehr als 100 Sportanlagen in der ganzen Stadt als Wettkampf- und Trainingsorte auf den neuesten Stand bringen.

V. Investition in die nächste Generation

Olympische und Paralympische Spiele sind eine Investition in die Zukunft unserer Kinder. Eine neue olympische und paralympische Generation wächst in Hamburg auf. Mit fünf Wochenstunden Sport und Bewegung im schulischen Ganztag sollen die heute Fünf- bis 15-Jährigen im Sport aufwachsen, in Gemeinschaft, im Team und nicht im Internet. Und wer weiß: vielleicht kommen die Medaillengewinner*innen von morgen sogar aus Hamburg.

VI. Infrastruktur mit Zukunft

Wir wollen Spiele der kurzen Wege, die die vorhandene Infrastruktur nutzen. Darüber hinaus ist Olympia ein starker Impuls für Investitionen und Innovationen. Die Umsetzung großer Infrastrukturprojekte wie der Bau von U- und S-Bahnen, die Erweiterung des Schienennetzes und die Modernisierung der Bahnhöfe, die Digitalisierung des Verkehrs und die großen Stadtentwicklungsprojekte bekommen einen verbindlichen Rahmen und gewinnen an Unterstützung durch die Bundesregierung.

VII. Inklusion und Barrierefreiheit voranbringen

Wir wollen Hamburg mit Paralympischen und Olympischen Spielen zur barriereärmsten Metropole Deutschlands entwickeln. Selbstverständlicher, zugänglicher, einfacher und gerechter für alle, darunter Menschen mit Behinderungen, Ältere und Familien.

VIII. Neuer Wohnraum

Wir wollen Olympia als Katalysator der Stadtentwicklung nutzen. In der Science City Bahrenfeld, dem geplanten Olympischen und Paralympischen Dorf, entstehen neue und auch nach den Spielen bezahlbare Wohnungen. Mit dem Hamburg Standard und bundesweit einmaligen

Förderprogrammen hat Hamburg beste Voraussetzungen für einen neuen Aufbruch im Wohnungsbau, dem eine Olympia-Ausrichtung neuen Schub geben wird.

IX. Wirtschaftliche Impulse für Hamburg und den Norden

Die Spiele stärken Hamburgs Rolle als Wirtschafts-, Wissenschafts- und Innovationsstandort und erhöhen die Attraktivität für Unternehmen und Fachkräfte. Studien erwarten eine regionale Wertschöpfung in Milliardenhöhe und neue Arbeitsplätze in Bauwirtschaft, Tourismus, Dienstleistungssektor und dem Sport selbst. Wir setzen uns dafür ein, dass Aufträge im Zusammenhang mit Olympia - wie es auch 2024 in Paris gelungen ist – der regionalen Wirtschaft zugutekommen. Das ist ein starkes Zeichen für die Region. Wie die norddeutschen Bundesländer Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben sich die 13 in der IHK Nord organisierten Industrie- und Handelskammern hinter eine Hamburger Bewerbung gestellt.

X. Olympia in Hamburg – nachhaltig und klimapositiv

Wir wollen nachhaltige Spiele, ohne teure Neubauten, mit positiver Klimabilanz, die Hamburg zu einer grüneren Stadt machen.

XI. Schaufenster des modernen Deutschlands

Olympia wird mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit nach Deutschland kommen. Die Frage ist nur, in welche Region. Wir wollen, dass der Schub, den Olympische Spiele für eine Stadt auslösen, die internationale Wahrnehmung, die Zukunftsinvestitionen, die wirtschaftlichen Impulse und auch die finanzielle Unterstützung durch die Bundesregierung bei uns in Hamburg ankommen. Das Bild des modernen Deutschlands in der Welt sollte mehr sein als Oktoberfest und Lederhosen. Wir wollen, dass unsere Stadt das frische olympische Gesicht Deutschlands wird, hanseatisch und weltoffen.

XII. Olympia auch im Alltag der Stadtgesellschaft verankern Olympische und Paralympische Spiele werden dann ein voller Erfolg für unsere Stadt, wenn ihr Mehrwert auch im Alltag der Menschen spürbar wird. Deshalb soll Olympia gezielt genutzt werden, um Sportstätten für Schulen und Vereine zu modernisieren, Mobilität in und zwischen den Quartieren zu verbessern und besonders belastete Stadtteile gezielt zu entlasten. Dazu gehören auch eine koordinierte Veranstaltungssteuerung, die Anwohnende schützt, sowie eine faire Verteilung der Kosten für Sauberkeit und Infrastruktur. Gewachsene Hamburger Traditionen (wie der Hamburger DOM) sind dabei ausdrücklich zu schützen und in die Planungen zu integrieren. So wird Olympia nicht nur ein großes Sportereignis für wenige Wochen, sondern ein echter Gewinn für das tägliche Leben in unserer Stadt.

XIII. Vorfreude und Zuversicht

Wir wollen die Kraft der Olympischen Idee lange vor der Eröffnung und weit über die Schlussfeier hinaus spürbar machen. Hamburgs Olympiabewerbung kann Zuversicht, Aufbruch und ein neues Gemeinschaftsgefühl in Hamburg und ganz Deutschland bewirken. Voraussetzung für

den Erfolg unserer Bewerbung ist, dass Olympische und Paralympische Spiele von der Stadtgesellschaft getragen werden. Damit die Hamburgerinnen und Hamburger guten Gewissens am 31.5. mit Ja stimmen können, setzen wir uns dafür ein, dass Spiele in Hamburg sozial gerecht, wirtschaftlich solide und ökologisch verantwortungsvoll geplant werden und der bereits begonnene Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern transparent fortgesetzt wird.

Überweisen an

SPD Hamburg

2026/1//2**Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

Leitantrag: Heute investieren und konsolidieren, damit Hamburg auch morgen stark und solidarisch bleibt!**I. So angespannt ist die Lage**

Die SPD Hamburg hat am 2. März 2025 von den Hamburgerinnen und Hamburgern den Auftrag erhalten, als stärkste politische Kraft erneut die Regierung unserer Stadt anzuführen. Unser Versprechen und unser Anspruch lauten auch ein Jahr nach der Wahl: „Hamburg vereint“. Wir werden deshalb auch in finanzpolitisch herausfordernden Zeiten Hamburg so gestalten, dass es für alle bezahlbar bleibt, sicher ist, einfacher wird und wir durch kluge Investitionen und Veränderungsprozesse die Stadt in eine gute Zukunft führen für Arbeit und Wirtschaft, für Gesellschaft und Kultur.

Die finanzielle Lage ist in vielen deutschen Städten und Gemeinden dramatisch. Die 13 Landeshauptstädte warnen vor einem drohenden Finanznotstand. Der Deutsche Städtetag fordert insbesondere vom Bund eine finanzielle Soforthilfe für die Kommunen. Die Städte könnten sonst die vielen Aufgaben, die Bund und Länder den Kommunen übertragen haben, sowie die steigenden Sozialkosten nicht weiter stemmen. **Die Schere zwischen kommunalen Einnahmen und Ausgaben geht immer weiter auseinander** und erreichte im Jahr 2024 mit knapp 25 Milliarden Euro das höchste Defizit seit der Wiedervereinigung.

Hamburg kann sich – trotz großer eigener finanzieller und wirtschaftlicher Stärke – dieser Entwicklung nicht vollständig entziehen. Ein Grund: Die steuerlichen Maßnahmen auf Bundesebene führen zu erheblichen Mindereinnahmen für Länder und Kommunen, die nur teilweise kompensiert wurden. Das am 19. Dezember 2025 vom Bundesrat bei Enthaltung Hamburgs beschlossene Steueränderungsgesetz enthält (neben begrüßenswerten Maßnahmen zur Förderung des Ehrenamts) leider keinerlei Kompensationen für Einnahmeausfälle und keine Maßnahmen zur Bekämpfung des Steuerbetrugs. Die Einnahmeausfälle allein dieses Gesetzes für Hamburg dürften sich im Zeitraum 2026-2030 auf über 360 Mio. Euro belaufen. Die Hochrechnungen der Finanzbehörde für **nicht kompensierte Steuermindereinnahmen für aktuell und in den letzten Jahren beschlossene Steuergesetze in den 2020er Jahren belaufen sich auf bis zu rd. 1,5 Mrd. Euro pro Jahr bzw. kumuliert bis 2030 auf über 10 Mrd. Euro**. Das sind gewaltige Summen - ohne, dass diese steuerlichen Maßnahmen bislang einen signifikanten konjunkturellen Effekt gehabt haben. Hinzu kommt, dass der Bund sich aus der Finanzierungsverantwortung

für Aufgaben wie z.B. der Unterbringung und Integration für Geflüchtete immer mehr zurückzieht.

Mit Verlässlichkeit und klugen Prioritäten gestalten wir unsere Stadt weiterhin aktiv

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es uns wichtig, das Gemeinwesen in unserer Stadt aktiv zu gestalten. **Wir wollen in Hamburg für eine zukunftsfähige Stadt investieren. Dazu gehören für uns gute Bildungsangebote, exzellente Wissenschaftseinrichtungen, eine moderne Infrastruktur, ein leistungsfähiger ÖPNV und eine vielfältige soziale Infrastruktur ebenso wie eine engagierte Wohnungsbaupolitik, wirksame Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden und eine bürgernahe Verwaltung.** Um unserem Anspruch und den Anforderungen einer modernen Großstadt gerecht zu werden, kommt es auf Verlässlichkeit und eine kluge Prioritätensetzung an.

Aus der oben genannten Steuersenkungspolitik des Bundes und den vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit ergeben sich auch für Hamburg gewaltige Aufgaben: So haben wir es insgesamt mit nachlassenden **Steuereinnahmen zu tun, mit steigenden Kosten bei den gesetzlichen Leistungen und staatlichen Aufgaben, mit anhaltenden großen weltwirtschaftlichen Unsicherheiten und einer deutschlandweit schwachen Konjunkturentwicklung.** Es darf daher keine Steuerentlastungen im Bund geben, die ohne Kompensation zu Lasten der Länder gehen.

Gleichzeitig sind insbesondere für Investitionen zusätzliche Möglichkeiten geschaffen worden: Im März 2025 wurden die grundgesetzlichen Regelungen zur Schuldenbremse im Bundestag und Bundesrat geändert. Dies ermöglicht insbesondere die Finanzierung notwendiger Verteidigungsausgaben und ein Sondervermögen für Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz. Darüber hinaus wurde den Ländern – neben der schon bestehenden Möglichkeit der Kreditaufnahme zum Ausgleich konjunktureller Schwankungen und der Verschuldungsmöglichkeit in außergewöhnlichen Notsituationen – eine zulässige strukturelle Möglichkeit der Kreditaufnahme von bis zu 0,35 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts eingeräumt. Die Bürgerschaft hat die notwendigen Umsetzungen in Hamburg auf den Weg gebracht; Bundestag und Bundesrat haben zudem die Umsetzungsgesetze beschlossen, so dass die neuen Möglichkeiten jetzt genutzt werden können. Die Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes werden unsere eigenen Hamburger Investitionen wirksam unterstützen. **Je schneller wir diese Investitionen auf den Weg bringen können, umso stärker wird der Konjunkturimpuls auch bei uns in Hamburg sein**– inklusive dann auch wieder steigender Steuereinnahmen. Hamburg hat sich immer für maßvolle Reformen der Schuldenbremse eingesetzt (siehe III. a)) und unterstützt die Arbeit der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission, die langfristige Reformen für die Schuldenbremse prüfen und entsprechende Vorschläge machen soll.

Insgesamt sehen wir aber, dass knappe Kassen kein gesamtgesellschaftliches Phänomen sind. Die Vermögensungleichheit nimmt zu, die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter, die Zahl der Superreichen in Deutschland, also derjenigen Menschen mit einem Finanzvermögen von über 100 Millionen Euro, wuchs 2025 um 500 Personen an. Auch in Hamburg steigt

die Zahl der Einkommensmillionäre. Einzelne Milliardäre machen sich den Wirtschaftsstandort Deutschland zu Nutze, erhalten sehr hohe Dividenden und verlegen dann ihren steuerlichen Sitz ins Ausland. Ähnlich verfahren nicht wenige der Großaktionäre deutscher Firmen, die sich bei den anstehenden Hauptversammlungen nach Schätzungen der Deutschen Bank über Rekordausschüttungen – eine Steigerung von 5% gegenüber dem Vorjahr – freuen dürfen. Aus sozialdemokratischer Perspektive ist selbstkritisch anzumerken, dass diese Situation nicht allein durch Steuergesetze und Steuergestaltungen aus vorherigen schwarz-gelben Regierungen der Ära Kohl begünstigt wurde, sondern zu einem Teil auch unter sozialdemokratischer Verantwortung: Unter SPD-Führung hat die damalige Bundesregierung Steuersenkungen für „Familienholdings“ begünstigt, in der Rückschau falsche Regelungen beim Immobilienverkauf beschlossen und versäumt, eine Vermögenssteuer einzuführen. Die dem Gemeinwesen durch legale Steuerprivilegien entgangenen Einnahmen pro Jahr werden in Fachkreisen auf rund 80 Milliarden Euro geschätzt.

Die Folgen mancher – aus heutiger Sicht – Fehlentscheidungen sind in den öffentlichen Kassen zu besichtigen. Auch wenn Mehrheiten für eine grundsätzliche finanzpolitische Trendwende hin zu mehr Gerechtigkeit in Bundestag und Bundesrat aktuell schwer erreichbar erscheinen, muss es für uns als sozialdemokratische Partei mit über 160-jähriger Geschichte weiter Auftrag bleiben, hierzu hartnäckig Anstöße und Initiativen zu liefern – im Sinne der großen Mehrheit der Bevölkerung, die sich keinen armen Staat leisten kann.

II. Unsere Möglichkeiten auf der Einnahmeseite

a) Gerechtigkeitslücken schließen, Steuerbetrug bekämpfen

Um die Infrastruktur in Ländern und Gemeinden – etwa Krankenhäuser, den öffentlichen Personennahverkehr oder Straßen – zu erhalten und zu verbessern, muss die Einnahmehasis insbesondere der Kommunen, aber auch der Länder gestärkt werden. Neben den Anteilen an den Gemeinschaftssteuern bestehen auch bei den Gemeindesteuern und den Ländersteuern **erhebliche Gerechtigkeitslücken, die dringend geschlossen werden müssen**. Dazu gehören insbesondere die Streichung missbrauchsanfälliger Gestaltungen bei der **Erbschaftsteuer** nach § 28a ErbStG, die weitgehende Abschaffung steuerlicher Gestaltungsmöglichkeiten und Steuer-oasen bei der **Gewerbesteuer** sowie die weitere Eingrenzung von Share Deals bei der **Grund-erwerbsteuer**. Daneben bleibt es perspektivisch ein sozialdemokratisches Ziel, eine gerechte **Vermögensbesteuerung** zu erreichen. Diese Gerechtigkeitslücken bei der Besteuerung hoher Vermögen und großer Erbschaften untergraben nicht nur das Vertrauen in den Staat, sie verschieben auch politische und wirtschaftliche Gewichte nachteilig zulasten einer nachhaltig aufgestellten Wirtschaft und Gesellschaft. Superreiche können und müssen mehr beitragen, um Staat und Gesellschaft wieder mehr handlungsfähig zu machen.

Klar ist auch: Jede weitere **Einkommensteuer**-Reform muss so gestaltet werden, dass die Handlungsfähigkeit von Ländern und Kommunen nicht weiter eingeschränkt wird. Die im Koalitionsvertrag vorgesehene notwendige Entlastung beim Grundfreibetrag sowie bei kleinen und

mittleren Einkommen muss durch Anpassungen „am oberen Ende“ des Einkommensteuertarifs gegenfinanziert oder durch andere Einnahmen vollständig kompensiert werden. Für einen vollständigen Ausgleich der „kalten Progression“ sehen wir insbesondere in den oberen Einkommensbereichen keinerlei finanziellen Spielraum, zumal die bisher umgesetzten Schritte teuer und mit Blick auf die Konjunktur nahezu wirkungslos waren.

Für die **Bekämpfung von Steuerbetrug** und missbräuchlichen Steuergestaltungen brauchen wir weiterhin ein entschiedenes Vorgehen und zusätzliche Maßnahmen. Im Vollzug agiert Hamburg hier bereits konsequent und sachgerecht – gegen die „großen“ Missbräuche wie z.B. Cum-Cum- oder Cum-Ex-Geschäfte bis zu vermeintlichen „kleinen“ Betrügereien (etwa im Zuge von nicht erfassten Bareinnahmen, bei denen im Kassenrecht gegengesteuert werden muss). **Die Bekämpfung von Steuerbetrug und missbräuchlichen Gestaltungen ist und wird immer ein Kernanliegen sozialdemokratischer Finanzpolitik sein und bleiben.** Durch konsequentes Vorgehen können die Einnahmen gesteigert werden.

b) Die Erbschaftsteuer muss gerechter werden!

Bereits seit Jahren setzt sich Hamburg für eine Reform der Erbschaftsteuer ein (Bürgerschafts-Drucksache 22/12262), denn die ungleiche Verteilung von Vermögen in Deutschland wird durch das geltende Erbschafts- und Schenkungssteuerrecht nicht wirksam reduziert, sondern teilweise sogar verstärkt. Zwar ist die Erbschaftsteuer formal progressiv ausgestaltet, das heißt, höhere Vermögen sollen mit höheren Steuersätzen belastet werden. Tatsächlich können jedoch sehr hohe Vermögen von mehr als 26 Millionen Euro aufgrund verschiedener Ausnahmeregelungen häufig nahezu vollständig steuerfrei übertragen werden, während mittlere Erbschaften im Verhältnis stärker besteuert werden.

Kleinere Erbschaften – und dies ist der überwiegende Teil – sind aufgrund von Freibeträgen bereits heute von der Erbschaft- und Schenkungsteuer befreit. Das befürworten wir und wollen diesen Mechanismus weiter stärken. Gleichzeitig ist wichtig, die bestehenden Steuerlücken am oberen Ende der Vermögensverteilung zu schließen. Die heute bestehenden faktischen Ausnahmen für sehr große Erbschaften untergraben das Prinzip der Chancengerechtigkeit und mindern die Einnahmen der Länder. Auf Bundesebene hat die SPD erste Vorschläge für eine gerechtere Lösung vorgelegt, die wir ausdrücklich unterstützen. Auch der Hamburger Senat soll sich auf Bundesebene weiterhin mit großem Nachdruck und unter Einbeziehung des zu erwartenden Urteils des Bundesverfassungsgerichts für eine Reform der sogenannten Verschonungsregelungen einsetzen. An die Stelle einer vollständigen Steuerbefreiung für Betriebsvermögen sollen weitreichende, mehrjährige Stundungsregelungen treten. Dies stellt Steuergerechtigkeit her, sichert gleichzeitig Arbeitsplätze und ermöglicht durch Steuermehreinnahmen außerdem nötige Investitionen.

Besonders **ungerecht ist außerdem die unterschiedliche Behandlung von kleineren und sehr großen Immobilienvermögen**: Wer heute Anteile an einem Wohnungsunternehmen mit einem Immobilienbestand von mindestens 300 Wohneinheiten erbt, muss darauf keine Erbschaftsteuer zahlen. Wer hingegen zwei oder drei Wohnungen erbt, zahlt – sobald die Freibeträge

überschritten werden – Erbschaft- oder Schenkungsteuer. Drei Wohnungen zu erben, darf jedoch nicht höher besteuert werden als 300 oder mehr Wohnungen. Diese Ausnahme für große Immobilienbestände im Erbschaftsteuerrecht ist offenkundig ungerecht und sollte – unter Wahrung von Mieterinteressen – modifiziert werden.

Eine Regionalisierung der Erbschaftsteuer, wie sie insbesondere von der CSU gefordert wird, lehnen wir ab. Ein solches Erbschaftsteuer-Dumping wäre absurd und unwürdig.

c) Schluss mit Steueroasen bei der Gewerbesteuer

Aktuelle Recherchen von FragDenStaat verdeutlichen ein seit Langem bekanntes Problem: Einige Unternehmen nutzen die kommunale Infrastruktur größerer Städte und Gemeinden, zahlen ihre Gewerbesteuer jedoch in Kommunen mit deutlich niedrigeren Hebesätzen. Dadurch entgehen den Kommunen in Deutschland insgesamt bis zu einer Milliarde Euro an Steuereinnahmen. Neben den betroffenen Städten und Gemeinden werden auch diejenigen Unternehmen benachteiligt, die auf solche Tricks und teils illegale Konstruktionen verzichten. Diese Form des Gewerbesteuerdumpings ist nicht nur unsolidarisch gegenüber den Nachbarkommunen, sie fördert zudem die Entstehung von Briefkastensitzen von Unternehmen.

Auf Bundesebene hat sich die Koalition auf den Weg gemacht, die Untergrenze des Gewerbesteuerhebesatzes von 200 auf 280 Prozent anzuheben. Dies ist ein wichtiger erster Schritt, reicht jedoch nicht aus. Bund und Länder sollten den Mindesthebesatz auf 300 Prozent anheben und weitere Maßnahmen ergreifen, um Scheinsitzverlegungen in Steueroasen wirksam und zeitnah zu unterbinden.

d) Share-Deals bei der Grunderwerbsteuer weiter im Fokus

Bei der Grunderwerbsteuer setzt sich die Hamburger SPD weiterhin dafür ein (siehe Bü-Drs. 22/6847), Ländern Möglichkeiten zur Ermäßigung der Grunderwerbsteuer beim Ersterwerb selbstgenutzten Wohneigentums, beim Erwerb von Grundstücken für den geförderten Wohnungsbau bzw. Objekten des geförderten Wohnungsbaus und bei Erbbaurechten zu eröffnen. Mit dieser Gesetzgebungsmöglichkeit für die Länder können so zielgerichtet steuerliche Anreize dort gesetzt werden, wo sie besonders nötig sind: für junge Familien, bei geförderten Wohnungen und bei Erbbaurechten.

Im Hinblick auf die Einnahmeseite der öffentlichen Hand stehen unverändert auch sog. **Share Deals im Fokus**: Durch diese können große Immobilienunternehmen die Grunderwerbsteuer umgehen, indem nicht die Immobilien selbst, sondern Anteile an Immobiliengesellschaften übertragen werden. Eine im Jahr 2021 erfolgte Reform hat das Problem zwar adressiert, es bestehen aber weiterhin ungewollte Gestaltungsmöglichkeiten mit mutmaßlich erheblichen Steuerausfällen: So fällt z.B. weiterhin keine Grunderwerbsteuer an, wenn „nur“ bis zu 89,9 Prozent der Anteile an einer Immobiliengesellschaft übernommen werden. Dem Staat entgehen dadurch erhebliche Einnahmen. Schätzungen gehen von rund einer Milliarde Euro jährlich aus, die durch diese nach wie vor legalen Deals verloren geht. Die Praxis der Share Deals fördert

zudem Preisspekulationen auf dem Immobilienmarkt und bevorzugt Großinvestoren gegenüber Einzelkäufer*innen. Denn während Privatpersonen bei einem Haus- oder Wohnungskauf Grunderwerbsteuer zahlen müssen, können große Unternehmen diese Steuer durch das beschriebene Vorgehen vermeiden.

e) Hamburg steigert seine Einnahmen

Der Bund hat mit seiner Steuergesetzgebung zuletzt immer wieder große Einnahmeausfälle bei Ländern und Kommunen verursacht. Daher war und ist es n für die kommenden Haushalte geboten, zu prüfen, welche Möglichkeiten in Hamburg bestehen, die Vorschriften des **Kommunalabgabenrechts** mit Wirkung vom 1.1.2027 maßvoll an die allgemeine Kostenentwicklung anzupassen. Auch im **Gebührenwesen** wird Hamburg weiter alle Möglichkeiten nutzen, um mit der Kostenentwicklung Schritt zu halten und etwaige noch verbliebene Gerechtigkeitslücken zu schließen.

Die Hamburger SPD hält Wort. Es war richtig, dass wir die erst kürzlich in Kraft gesetzte **Grundsteuerreform aufkommensneutral umsetzen** und angesichts der Wirtschaftslage auf Gewerbesteuererhöhungen verzichten. Auch die mit Blick auf energetische Sanierungen bereits erhöhte **Grunderwerbsteuer** soll nicht weiter steigen.

Die aktuelle Mehrwertsteuersenkung für die Gastronomie führt für die Branche zu Entlastungen, aber zu erneuten Einnahmeausfällen für den Hamburger Haushalt. Eine Erhöhung der Steuerpauschalsätze der **Kultur- und Tourismustaxe** zwischen 20 Cent und 1,20 Euro je Übernachtung ist daher vertretbar. Sie sorgt für Gestaltungsspielräume, die neben den Gästen unserer Stadt auch allen Hamburgerinnen und Hamburgern zugutekommen.

Finanz- und wohnungspolitisch überfällig ist die Erhöhung der seit 1993 in Hamburg unveränderten **Zweitwohnungssteuer** von 8 auf 12%. Viele andere Städte haben diese Steuer in den letzten Jahren bereits signifikant erhöht. Die Höhe der **Hundesteuer** ist ebenfalls seit mehr als 30 Jahren in Hamburg praktisch unverändert. Mit der für den 1. Januar 2027 geplanten Erhöhung auf 120 Euro liegt Hamburg im Mittelfeld der deutschen Großstädte. Gleichzeitig haben wir mit dem neuen Gesetz einen Hundesteuer-Erlass für Tierheim-Hunde für die ersten drei Jahre eingeführt.

Vor diesem Hintergrund fordert die SPD Hamburg, den SPD Bundesparteitag, die SPD Bundestagsfraktion sowie die SPD Mitglieder der Bundesregierung auf, sich auf Bundesebene für folgende Maßnahmen einzusetzen:

- Die Vermeidung weiterer **Steuereinnahmeverluste** für Länder und Gemeinden sowie eine Stärkung der **kommunalen und landesbezogenen Steuereinnahmen**. Dabei ist insbesondere auf gesetzliche Änderungen hinzuwirken, die bestehende Gerechtigkeitslücken im Bereich der Erbschaftsteuer, der Gewerbesteuer und der Grunderwerbsteuer schließen.
- Im Bereich der **Erbschaft- und Schenkungsteuer** eine Reform der sogenannten Verschonungsregelungen umsetzen, damit eine vollständige Steuerbefreiung bei der Vererbung

sehr hoher Vermögen – insbesondere Betriebs- und Immobilienvermögen – nicht mehr möglich ist.

- An die Stelle vollständiger Steuerbefreiungen sollen weitreichende, **mehrfähige Stundungsregelungen** treten, die sowohl Steuergerechtigkeit verbessern als auch **Arbeitsplätze sichern und Investitionen ermöglichen**.
- Den Abbau von Ausnahmen, die dazu führen, dass der Erwerb sehr großer Immobilienvermögen – etwa durch Anteile an Wohnungsunternehmen mit umfangreichen Immobilienbeständen – steuerlich günstiger behandelt wird als der Erwerb weniger Einzelimmobilien. Insbesondere ist die bestehende Sonderregelung für Wohnungsunternehmen mit großen Beständen aufzuheben.
- Für die **Gewerbesteuer** den bundesgesetzlich festgelegten Mindesthebesatzes auf mindestens 300 Prozent festsetzen.
- Die Unterstützung weiterer Maßnahmen, die Scheinsitzverlegungen und andere Gestaltungen zur Verlagerung von Gewerbesteuereinnahmen in Gemeinden mit besonders niedrigen Hebesätzen wirksam unterbinden.
- Im Bereich der **Grunderwerbsteuer** die oben beschriebene Öffnungsklausel für die Länder einzuführen mit Möglichkeiten der Ermäßigung der Grunderwerbsteuer bei familiärem Ersterwerb zur Selbstnutzung, bei geförderten Wohnungen (Erwerb von Grundstücken für den geförderten Wohnungsbau und Objekte des geförderten Wohnungsbaus) und bei Erbbaurechten.
- Weitergehende einnahmesichernde Reformen der Regelungen zu sogenannten Share Deals. Dabei soll die Einführung eines Optionsmodells nach niederländischem Vorbild geprüft werden.
- Im **Kassenrecht** schnellstmöglich Kassenpflichten regeln u.a. mit der Möglichkeit die digitale Belegausgabe straf- und bußgeldbewehrt zu verschärfen sowie einer verbindlichen und flächendeckenden Möglichkeit mindestens einer digitalen Zahloption für die Kundinnen und Kunden.
- Die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer. Um hierfür parlamentarische Mehrheiten und bürokratiearme Umsetzungswege für Steuerverwaltung und Steuerpflichtige zu finden, wird man schrittweise und möglichst koordiniert vorgehen und sorgfältig auch mögliche Anpassungsreaktionen berücksichtigen müssen.

III. Unsere Möglichkeiten auf der Ausgabenseite

Hamburg hat seit 2011 unter sozialdemokratischer Verantwortung gut gewirtschaftet und finanzpolitische Hinterlassenschaften CDU-geführter Senate Schritt für Schritt abgearbeitet. Zunächst musste der Haushalt in Ordnung und das CDU-Erbe der HSH Nordbank-Pleite bewältigt werden. Wo nötig wurde konsequent konsolidiert, wo möglich ambitioniert investiert.

Wir haben die Maßgaben der Schuldenbremse vorfristig eingehalten und umgesetzt. Mit unserem vorbildlichen doppischen Haushalt machen wir den Wertverzehr sichtbar, berücksichtigen generationengerecht Zukunftsrisiken und Belastungen. Damit ist uns gelungen, 2024 den doppischen Budgetausgleich zu erreichen und den Wertverzehr beim öffentlichen Vermögen zu stoppen. **Damit haben wir die Stadt finanziell handlungsfähig gemacht.**

Hamburg ist in den vergangenen Jahren außerdem sehr sorgfältig mit den Kreditermächtigungen umgegangen. Die Corona-Notkredite wurden bereits vorzeitig getilgt und der Schuldenstand kontinuierlich reduziert. Bis Anfang 2025 konnten die Schulden der Freien und Hansestadt Hamburg nochmals um fast 650 Mio. Euro reduziert werden, nachdem im Vorjahr bereits eine Rekordtilgung in Höhe von fast 2,5 Milliarden Euro realisiert worden war. Der Schuldenstand des Hamburger Kernhaushaltes ist zum Jahreswechsel 2024/2025 auf 22,027 Mrd. Euro gesunken – und damit auf dem niedrigsten Niveau seit 15 Jahren.

Gleichwohl sind die finanzpolitischen Herausforderungen durch die Krisen der vergangenen Jahre gewachsen. Um Hamburgs Handlungsfähigkeit zu erhalten, benötigen wir finanzielle Spielräume. Daher wird sich der Schuldenstand wieder erhöhen – das ist unvermeidlich. Gleichzeitig werden wir den Weg der finanzpolitischen Solidität weitergehen und werden in wirtschaftlich guten Zeiten erneut Schulden tilgen. Dazu gehört auch die Arbeit der FinanzService-Agentur FSA, die in 2025 ihre Arbeit aufgenommen hat, um für Stadt und öffentliche Unternehmen Kredite und Finanzierungen günstiger und nachhaltiger zu gestalten sowie gleichzeitig strenge Wirtschaftlichkeitsvorgaben einzuhalten.

Der doppische Budgetausgleich und der Kurs stabiler und solider Finanzen, der in Hamburg den Vermögensverzehr gestoppt hat, wird auch im Rahmen der mittlerweile weiterentwickelten Schuldenbremse weiterverfolgt – und das trotz einer milliardenschweren, strukturellen Leistungsausweitung für die Menschen in unserer Stadt seit 2011 – von der 5-stündigen gebührenfreien Grundbetreuung in den Kitas, einer gebührenfreien Ganztagsbetreuung an Grundschulen bis zum gebührenfreien Erststudium an Hamburger Hochschulen, einem kostenlosen Schülerticket für den ÖPNV und einem Ausbau der sozialen Infrastruktur in den Stadtteilen, um nur einige wesentliche Punkte des Hamburger Erfolgskurses zu nennen.

a) Schuldenbremse erhalten und weiterentwickeln

Im März 2025 wurden die grundgesetzlichen Regelungen zur Schuldenbremse durch eine Zweidrittelmehrheit im Deutschen Bundestag und Bundesrat geändert. Dies ermöglicht insbesondere die Finanzierung notwendiger Verteidigungsausgaben und ein Sondervermögen für Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz. Darüber hinaus wurde den Ländern eine zulässige strukturelle Möglichkeit der Kreditaufnahme von bis zu 0,35 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts eingeräumt. Die Bürgerschaft hat die notwendigen Umsetzungen in Hamburg auf den Weg gebracht (Drs. 23/788); Bundestag und Bundesrat haben zudem die Umsetzungsgesetze beschlossen, so dass die neuen Möglichkeiten jetzt genutzt werden können.

Hamburg hat sich immer klar und eindeutig für die Schuldenbremse stark gemacht, aber sich ebenso für maßvolle Reformen eingesetzt. Unser Fokus richtet sich darauf, wie wir Investitio-

nen wirksam voranbringen: Die (durch die Reform der Schuldenbremse 2025 initiierten) Mittel aus dem **Sondervermögen** des Bundes werden unseren eigenen Hamburger Investitionshochlauf wirksam unterstützen. **So setzen wir bei uns in Hamburg einen Konjunkturimpuls.**

Unsere Verantwortung gegenüber kommenden Generationen verlangt, dass wir der nächsten Generation kein überschuldetes Gemeinwesen übergeben. Jede Weiterentwicklung der Schuldenbremse muss daher zwingend auch eine angemessene gesamtstaatliche Schuldentragfähigkeit und die Fiskalregeln der EU beachten. Außerdem führt jede weitere Verschuldung auch zu höheren Zinsaufwendungen, die den Haushalt belasten und die finanziellen Spielräume einschränken. Gleichzeitig dürfen wir der nächsten Generation auch keinen kaputtgesparten Staat übergeben: weder mit maroder Infrastruktur noch mit unterfinanzierten Kitas, Schulen oder Hochschulen. Sozialdemokratische Verantwortung bedeutet für uns, diese berechtigten Belange gut auszutarieren. Die Weiterentwicklung der Schuldenbremse muss dazu einen Beitrag leisten.

Die von Bundestag und Bundesrat im Frühjahr 2025 in Artikel 109 Absatz 3 Satz 5 des Grundgesetzes neu aufgenommene „Verteidigungsausnahme“ sollte dahingehend geändert werden, dass die Bereiche des Zivil- und Katastrophenschutzes sowie der Cyberabwehr auch in den Ländern von der Schuldenbremse ausgenommen werden können.

So richtig die Gleichbehandlung von Bund und Ländern bei der Verschuldungsmöglichkeit von bis zu 0,35 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts ist, so muss man angesichts enger werdender Haushalte auf allen Ebenen die Gefahr sehen, dass ihre Nutzung in vielen Ländern nicht ausreicht, um die häufig auch die laufenden Ausgaben erfassenden Herausforderungen bei Bildung und Wissenschaft, Forschung und Innovation kraftvoll genug anzunehmen. **Insofern muss geprüft werden, ob und wie dieser Neuverschuldungsspielraum zweckgebunden und klar begrenzt noch einmal um jeweils 0,1 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Wissenschaft, Forschung und Innovation erweitert werden kann.** Der wichtigste „Rohstoff“ unseres Landes liegt in den Köpfen der nächsten Generation. Um diese Potentiale im Sinne der Zukunft unseres Landes zu heben, könnte eine solche maßvolle Weiterentwicklung der grundgesetzlichen Schuldenregelungen einen Beitrag leisten.

Vor diesem Hintergrund fordert die SPD Hamburg, dass sich der SPD Bundesparteitag, die SPD Bundestagsfraktion und die SPD Mitglieder der Bundesregierung auf Bundesebene für die Weiterentwicklung der Schuldenbremse einsetzen, die folgende Gesichtspunkte berücksichtigt:

- Verstärkung der **Investitionsmöglichkeiten** für Infrastruktur und Klimaneutralität: Spätestens 2030 muss es entweder eine Aufstockung der geschaffenen Sondervermögen oder eine verstetigte, beide Herausforderungen berücksichtigende Investitionsregel geben.
- Öffnung der **Verteidigungsausnahme** insbesondere für Zivilschutzbedarfe der Länder. Konkret: Streichung der Wörter „des Bundes“ in Artikel 109 bzw. 115 GG.

- Begrenzte und zweckgebundene Erweiterung des Verschuldungsspielraums von jeweils 0,35% Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts für Bund und Länder um jeweils 0,1% Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts (d.h. im Ergebnis jeweils 0,45% als Obergrenze) explizit nur für **Bildung und Wissenschaft, Forschung und Innovation**.
- **Nachlauf nach Notlage:** Die zulässige Nettokreditaufnahme nach einer Notlage muss nicht sofort auf Null, sondern z.B. in drei Schritten auf Null gesenkt werden.

b) Schluss mit den Angriffen auf den Länderfinanzausgleich!

Hamburg ist als einziges norddeutsches Bundesland nahezu durchgehend Geberland im Länderfinanzausgleich – zuletzt in dreistelligem Millionenumfang. Das ist Zeichen der finanziellen und wirtschaftlichen Stärke unserer Stadt. Der Länderfinanzausgleich ist ein zentraler Baustein des deutschen Finanzföderalismus, der den grundgesetzlichen Auftrag nach gleichwertigen Lebensverhältnissen überall im Bundesgebiet umsetzen soll. Für Hamburg ist die besondere **Einwohnerwertung** in den Stadtstaaten zentral, die berücksichtigt, dass wir als Stadtstaaten bekanntermaßen wichtige Funktionen der Daseinsvorsorge auch für das Umland übernehmen. Deshalb ist Hamburg unter sozialdemokratischer Verantwortung allen Angriffen auf den Länderfinanzausgleich aus dem Süden der Bundesrepublik energisch und erfolgreich entgegengetreten – und wird das auch in Zukunft tun. Gemeinsam mit anderen Bundesländern bilden wir eine Prozessgemeinschaft gegen die bayerische Klage gegen den Länderfinanzausgleich.

Für die Zukunft gilt: **Wir stehen zum Länderfinanzausgleich** und wir halten uns an getroffene Vereinbarungen. Wir sind und bleiben solidarisch im Länderverbund. In diesen bewegten Zeiten sind Verlässlichkeit und Solidarität unter den Ländern von besonderer Bedeutung - auch und gerade gegenüber der Bundesebene. Vor diesem Hintergrund sollte der Freistaat Bayern seine - vor der letzten Landtagswahl gestartete - Klage gegen den von ihm selbst mit beschlossenen Länderfinanzausgleich zurücknehmen und auch weitere politische Angriffe hierauf unterlassen.

c) Den Sozialstaat zukunftsfähig aufstellen

Hamburg hat an dem Bericht der **Sozialstaatskommission** maßgeblich mitgewirkt. Die Ergebnisse der Kommission zeigen auf, wie der Sozialstaat einfacher und digitaler gestaltet werden kann. Schon das wird ermöglichen, Verwaltungskosten perspektivisch zu reduzieren. Die Sozialstaatskommission hat dabei selbst die besonders angespannte Haushaltsslage bei Bund, Ländern und Kommunen eingeräumt und auf die Ursachen insbesondere bei den seit Jahren steigenden Ausgaben im Bereich der Eingliederungshilfe, den Hilfen zur Erziehung und der Hilfe zur Pflege hingewiesen. Hamburg wird sich konstruktiv einbringen unseren Sozialstaat zukunftsfähig, bürgerfreundlich und gerecht weiterzuentwickeln. Dabei ist unsere sozialdemokratische Leitlinie: Wirksame Angebote werden weiter bedarfsgerecht ausgestaltet, eine fundierte Sozialraumplanung wird uns dabei unterstützen - die von vielen CDU/CSU- und Wirtschaftsvertretern geforderten Einsparungen auf Kosten der Schwächsten lehnen wir ab. Dazu gehört allerdings angesichts der enormen Herausforderungen für unser Gemeinwesen auch, Leistungen und Hilfsangebote immer wieder auf ihre Wirksamkeit und Nachhaltigkeit

zu überprüfen. Wir haben in Hamburg gute Beispiele wirksamer und befähigender Unterstützungsangebote. Einrichtungen wie beispielsweise die Jugendberufsagentur oder das Hamburg Welcome Center zeigen, dass das passende Angebot zur richtigen Zeit entscheidend dafür ist, Hilfebedürftigkeit und damit Sozialleistungen zu überwinden. Unser Ziel ist, Menschen aus prekären Lebenslagen herauszuholen, sie vor Armut schützen und ihnen ein selbstbestimmtes Leben mit starken sozialen Rechten, guter Arbeit und verlässlicher Absicherung ermöglichen – ohne sie zu stigmatisieren.

Funktionierende Regelsysteme sind der Schlüssel: Wir in Hamburg haben es zum Beispiel mit dem flächendeckenden Angebotsausbau bei Kita, Grundschule und Ganztagsbetreuung geschafft, meist ganztägig viel Förderung, Hilfe und Orientierung auch bei erzieherischen Herausforderungen zu ermöglichen. Das wiederum erlaubt, den Anstieg bei den Einzelfallmaßnahmen im Rahmen von Hilfen zur Erziehung einzudämmen. Viele Steuerungsmaßnahmen in Hamburg erfordern aber Rechtsänderungen im Bund. Deshalb sagen wir klar: Der Bund muss auf diesem Weg Länder und vor allem die Kommunen aktiv unterstützen.

Bei allen notwendigen Reformen gilt für uns allerdings: aktuelle Vorstöße von CDU Wirtschaftsrat und CDU Mittelstandsvereinigung, Zahnbehandlungen zukünftig selbst zu bezahlen oder die angebliche „Lifestyle-Teilzeit“ abzuschaffen, sind **kein konstruktiver Beitrag zur Weiterentwicklung des Sozialstaats**, sondern ein inakzeptabler Angriff auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dem wir uns entschieden entgegenstellen. Nur mit einem breiten Konsens in Bund, Ländern und Gemeinden, unter Einbeziehung von Wirtschaft UND Gewerkschaften sowie Sozialverbänden kann es gelingen, den Sozialstaat nachhaltig zukunftsfähig und leistbar für alle Beteiligten weiterzuentwickeln. Nur so wird es auch die nötige Akzeptanz in der Bevölkerung geben, die wir brauchen, um den Menschen in diesen herausfordernden Zeiten die nötige Sicherheit zu geben.

Jenseits der Reform des Sozialstaats muss für uns die **Staatsmodernisierung** oberste Priorität haben. Maßnahmen der **Aufgabenkritik**, des **Bürokratieabbaus** und der **Standardisierung** sind häufig Konjunktur- und Konsolidierungsprogramme zum Nulltarif, heben gekoppelt mit großen Fortschritten bei der **Digitalisierung** Effizienzen, machen den Staat einfacher und bürger-näher. Mit den bundesweit vorbildlichen Vereinfachungen beim Wohnungsbau, unseren regelmäßigen Bestplatzierungen im Smart-City-Index und dem Projekt Einfach.Hamburg machen wir vor, wie es gehen kann.

IV. Unsere Anforderungen an den Haushalt 2027/2028

Hamburg ist eines der **wirtschaftsstärksten Länder Deutschlands**, mit dem höchsten BIP pro Kopf. Dieses ist insbesondere den knapp 1,1 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in unserer Stadt zu verdanken, die mit Ihrer Wertschöpfung den Wohlstand dieser Stadt schaffen. Eine sehr hohe Zahl, die unterstreicht, dass gute Arbeit (mit hoher Tarifbindung und Mitbestimmung) und gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft bei uns Hand in Hand gehen.

Mit einer konsequenten Haushaltskonsolidierung ist es seit 2011 gelungen, die Finanzen der Stadt in Ordnung zu bringen und krisenfest aufzustellen. Dadurch konnte Hamburg auch in

der Corona-Pandemie Kurs halten und als eines der ersten Bundesländer die Corona-Schulden komplett zurückzahlen. Der finanzielle Handlungsspielraum der Stadt ist größer geworden: von 2019 bis 2024 stieg unser Haushalt um durchschnittlich 5,8% pro Jahr. Die Investitionen in die Infrastruktur und die Modernisierung der Stadt liegen mit rund 6 Mrd. Euro im aktuellen Doppelhaushalt auf Rekordniveau. Zugleich konnte Hamburg nennenswert Schulden tilgen und Zinskosten senken.

Auch wenn der Haushalt 2027/2028 insgesamt etwas über 2% wächst, führen die im vorigen genannten Entwicklungen – Rückgang der Steuereinnahmen, Einnahmeausfälle als Folge von Beschlüssen der Bundesebene, der deutliche Anstieg der Ausgaben für die (in der Regel bundes-)gesetzlichen Leistungen mit Rechtsanspruch, der schmerzliche Rückgang der Bundesbeteiligung an den Kosten für die Unterbringung und die Integration von Geflüchteten und die aktuellen Tarifabschlüsse zu einer sehr **herausfordernden Haushaltsaufstellung**, die wir nur solidarisch und gemeinsam bewältigen können: Senat und Fraktion, Partei in Land, Bezirken und Stadtteilen – immer im Austausch mit den Menschen in den Stadtteilen, den Gewerkschaften, mit Verbänden und Kammern. Wo mächtige Einzelinteressen sozialen Zusammenhalt bedrohen, haben wir die ganze Stadt im Blick. Die in diesem Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen werden zudem nicht dazu führen, dass kurzfristig der Handlungsspielraum in Hamburg für die laufenden Ausgaben im Haushalt 2027/2028 deutlich größer wird. Gleichwohl gilt: Je schneller und umfangreicher die genannten Vorschläge aufgegriffen werden, umso mehr vergrößert sich auch wieder der politische Handlungsspielraum für Hamburg.

Getreu dem Satz von Kurt Schumacher: „Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit“, müssen wir mit der **finanziellen Realität** umgehen, die wir haben: Als SPD Hamburg wollen wir deshalb alle Hebel in Bewegung setzen, um dem Leitmotiv dieses Leitantrags „Heute investieren und konsolidieren, damit Hamburg auch morgen stark und solidarisch bleibt“ Rechnung zu tragen. Die Finanzbehörde soll dafür u.a. die konjunkturelle Risikovorsorge einsetzen, ihre Reserven zu Haushaltsrisiken und Zuwanderung in den Haushalt einbringen, die Möglichkeiten der Sondervermögen des Bundes und des Landes nutzen, die (zusätzlichen) Kreditaufnahmemöglichkeiten verantwortungsvoll umsetzen und Maßnahmen zur Erhöhung der Steuer- und Gebührenerträge ergreifen.

Die SPD Hamburg unterstützt Senat, und Regierungsfractionen darin, die **notwendigen Maßnahmen** zu ergreifen, um den Gestaltungsanspruch der SPD Hamburg aus unserem Regierungsprogramm und dem aktuellen Koalitionsvertrag auch unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen umzusetzen. Dieser Konsolidierungsweg erfordert große Anstrengungen. Aber er ist notwendig, um auch in schwierigen Zeiten unseren Anspruch des guten Regierens einzulösen und Hamburg zukunftsfähig weiterzuentwickeln. Konsolidierung heißt für uns auch: Wir werden alle Möglichkeiten der Umschichtung von Ausgaben ergreifen, um vorrangige Aufgabenbereiche zulasten weniger dringlicher Aufgabenbereiche besser zu berücksichtigen. Maßnahmen der Aufgabenkritik, des Bürokratieabbaus und der Standardisierung sind häufig Konsolidierungsprogramme zum Nulltarif, heben gekoppelt mit großen Fortschritten bei der Digitalisierung Effizienzen, machen den Staat einfacher, günstiger und bürgernäher.

Eine Sozialraumplanung in den Bezirken und für Hamburg kann helfen, das breite Angebotsportfolio der sozialen Infrastruktur noch zielgerichteter weiterzuentwickeln.

Wir haben in den letzten Jahren enorme finanzielle Anstrengungen unternommen, um wichtige Projekte für ein soziales und gerechtes Hamburg umzusetzen, diese Stadt gut durch die verschiedenen Krisen zu führen und für die Stadt Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Auch **im laufenden Haushaltsjahr 2025/2026 ist dieser Anspruch an den steigenden Ausgaben für die Bezirken, bei der Familienpolitik, in den Hochschulen, in der Justiz oder bei der Polizei ablesbar.**

Dabei werden wir dafür Sorge tragen, dass zentrale sozialdemokratische **Errungenschaften** unserer Regierungszeit seit 2011 gewahrt bleiben:

- die kostenfreie Grundbetreuung in der Kita und die Sprachförderung in den Kitas, wo das regional erforderlich ist,
- der kostenfreie und pädagogisch gestaltete Ganztags an Schulen,
- die Abschaffung der Studiengebühren,
- der Erhalt wichtiger sozialräumlicher Angebote - von Häusern der Jugend im Rahmen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit bis zu Seniorentreffs im Rahmen der Seniorenarbeit,
- Unterstützungssysteme wie die Jugendberufsagentur und das Welcome Center, die dafür sorgen, dass Menschen nicht von Transferleistungen abhängig werden,
- unsere gut ausgebaute und ausgestattete soziale und kulturelle Infrastruktur in den Stadtteilen,
- unsere hohe Investitionsquote bei Straßen, Schienen, Fernwärme u.a.m.,
- die Förderung sozialen Wohnungsbaus und die aktive Unterstützung bezahlbaren Wohnens,
- die Fortschritte bei der inneren Sicherheit in unserer Stadt: Hamburg ist und bleibt eine sichere Stadt.

Wir sind uns sicher: Gemeinsam finden wir ein gutes Maß zwischen dem, was die Stadt leisten muss, leisten möchte und leisten kann. Gemessen an der Haushaltsnotlage in vielen Städten und Ländern agieren wir in Hamburg zudem auf einer finanziell und wirtschaftlich starken Basis.

Bei den laufenden Ausgaben sind die Handlungsspielräume eng begrenzt, bei den **Investitionen der Stadt in ihre Zukunft** deutlich größer. **Wir sind stolz, dass Hamburg in großem Umfang in seine Zukunft investiert, insbesondere in den Ausbau von Infrastruktur und in die Weiterentwicklung der Stadt:** Wir haben die Investitionen pro Kopf planerisch in Hamburg von 2018

bis 2027 mehr als verdreifacht: Von 442 Euro/Kopf auf 1582 Euro/Kopf. Zusammen mit den Investitionen im Konzern Hamburg ist das einmalig in Deutschland und wirkt wie ein **Konjunkturprogramm**. Und das zahlt sich aus mit Wachstumsraten deutlich über dem Bundesdurchschnitt, sichtbaren Fortschritten bei Bildung und Infrastruktur, bei Wohnungsbau, Mobilitätswende und Klimaschutz. Unser Anspruch gilt einem nachhaltigen Wachstum, das die Klima- und digitale Transformation der Wirtschaft sozial ausgewogen gestaltet, gute Arbeit schafft und die öffentliche Daseinsvorsorge stärkt.

Auch im kommenden Doppelhaushalt wollen wir diesen bundesweit einmaligen Kurs mit kraftvollen Investitionen aus Hamburger Mitteln und aus Bundesmitteln fortsetzen. Investitionen ermöglichen Wachstum, Modernisierung und eine positive Zukunft für die Hamburgerinnen und Hamburger. Dazu passt die Hamburger Bewerbung für **die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Sommerspiele**, wenn klar ist: Es darf weder zur Verdrängung einkommensschwächerer Mieterinnen und Mieter noch zur Privatisierung von Gewinnen bei Sozialisierung der Kosten kommen. Olympia muss – wenn Hamburg den Zuschlag erhält – streng gemeinwohlorientiert, sozial abgesichert und mit echter klimapositiver Auswirkung organisiert werden. Wird Hamburg olympischer Austragungsort, würde dies Gelder des Bundes und privater Investoren nach Hamburg lenken und hier die Fertigstellung bereits geplanter Investitionsvorhaben – wie beispielsweise im ÖPNV und im Wohnungsbau – beschleunigen und zugleich neue Investitionen anstoßen. Dies stärkt die Wirtschaft und sichert damit Steuereinnahmen und Arbeitsplätze von morgen.

Die Investitionen von heute sind die Steuereinnahmen von morgen. Mit Zusammenhalt und Zuversicht sagen wir als SPD Hamburg: Heute investieren und konsolidieren, damit Hamburg auch morgen stark und solidarisch bleibt!

Wir halten Kurs. Wir halten Wort und wir halten Maß. Die Hamburgerinnen und Hamburger können sich darauf verlassen, dass wir auch in Zeiten knapper Kassen das finanzieren, was dem sozialen Zusammenhalt, der ökonomischen Stärke und der Zukunftsfähigkeit unserer Stadt dient. „**Hamburg vereint**“ setzen wir auch dann um, wenn es schwierig wird.

Überweisen an

Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Bundesregierung

Woh Wohnen / Stadtentwicklung**2026/I/Woh/1****Beschluss**

Annahme

Initiative zur Bekämpfung von unangemessener Mietpreissteigerung und Wucher

Der Landesparteitag der SPD Hamburg fordert die SPD Bürgerschaftsfraktion auf, dafür Sorge zu tragen, dass für unangemessene Mietsteigerungen und Wuchermieten keine öffentlichen Mittel verwendet werden, indem bei der Gewährung gesetzlicher Leistungen und bei der Anmietung von Unterkünften durch staatliche Stellen eine angemessene Überprüfung der vereinbarten Mieten erfolgt und Maßnahmen ergriffen werden, um den Mietwucher zu bekämpfen, damit er keinen Einfluss auf den Mietenspiegel bekommt.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

Verk Verkehr / Mobilität**2026/I/Verk/3****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

Statistik Bahnverspätungen: Zeit ist relativ, Verspätungen sind es nicht

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:

Die SPD Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sind aufgerufen, die Deutsche Bahn dazu zu verpflichten, in den Statistiken zu verspäteten Zügen die Zahl der Ausfälle zu erfassen und ebenso zu publizieren. Auch umkehrende sowie ausfallende Züge und frühzeitig abgebrochene Fahrten müssen dazuzählen und gesondert aufgeführt werden, zusätzlich zu der durchschnittlichen Zeit, die ein Zug schon Verspätung hatte, bis die Entscheidung getroffen wurde, ihn umkehren oder ausfallen zu lassen oder die Fahrt frühzeitig abubrechen.

Überweisen an

Bundesparteitag

2026/I/Verk/4

Beschluss

Annahme

Nutzungsberechtigung für Behindertenparkplätze erweitern

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen:

Die SPD Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft, die SPD Bundestagsfraktion, sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und der Bundesregierung sind aufgerufen, umgehend eine Bundestags- und Bundesratsinitiative zur Erweiterung der Nutzungsberechtigung von Schwerbehindertenparkplätzen zu starten. Die gesetzlichen Regelungen in der Straßenverkehrsordnung sind anzupassen, so dass auch Inhaber*innen des nationalen orangenen Parkausweises Schwerbehindertenparkplätze nutzen dürfen. Eine entsprechende Ausnahmeregelung, als praktische Ausführung der StVO § 46, ist Ländersache und in Hamburg schnellstmöglich zu schaffen.

Überweisen an

Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Bürgerschaftsfraktion, Senat, Bundesregierung

2026/I/Verk/5

Beschluss

Annahme

Kreisverkehre als Standardlösung – Bei anstehenden Sanierungsmaßnahmen oder Neubauten in Hamburg vorrangig Kreisel statt Ampelkreuzungen prüfen

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an die Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Senatsmitglieder beschließen:

Die SPD Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Senatsmitglieder werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass

1. Bei allen Straßenneubauten und grundlegenden Sanierungen von Kreuzungen in Hamburg standardmäßig geprüft wird, ob anstelle einer signalgesteuerten Kreuzung ein Kreisverkehr realisiert werden kann,
2. Diese Prüfung in einer geeigneten Form in die Vorplanungsverfahren in die Planungsverfahren integriert wird und eine Ampellösung nur dann umgesetzt wird, wenn gewichtige verkehrliche oder räumliche Gründe gegen einen Kreisverkehr sprechen,
3. Die Bezirke bei der Planung und Umsetzung von Kreisverkehren durch die zuständigen Fachbehörden unterstützt werden und
4. Ein Konzept zur Umgestaltung von bestehenden Ampelkreuzungen zu Kreisverkehren im Rahmen von städtebaulichen Planungen aufgenommen wird, z. B. bei den Magistralenkonzepten.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Verk/6

Beschluss

Annahme

Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern ernst nehmen und mehr Sicherheit im öffentlichen Raum herstellen: Mehr Abstellflächen von E-Scootern schaffen

Die SPD Hamburg nimmt die vielfach von Bürgerinnen und Bürgern beschriebenen Problemlagen von nicht sachgerecht und unsicher abgestellten E-Scootern im öffentlichen Raum sehr ernst und bittet die sozialdemokratischen Senatorinnen und Senatoren sowie die Mitglieder der SPD Bürgerschaftsfraktion, darauf hinzuwirken, dass zügig weitere klar definierte Abstellzonen im öffentlichen Raum ausgewiesen werden, damit konzentriert und verkehrssicher E-Scooter von den Nutzerinnen und Nutzern abgestellt werden können. Dort, wo dies aufgrund räumlicher Gegebenheiten nicht umgesetzt werden kann, sollten gleichzeitig die Parkverbotszonen entsprechend ausgeweitet werden. Die Betreiber sollen darüber hinaus verpflichtet werden, ausgewiesene Parkverbotszonen den Nutzern gegenüber anzuzeigen und Verstöße durch geeignete Maßnahmen zu sanktionieren.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Verk/7

Beschluss

Annahme

Transparentes Baustellenmanagement: Bekanntmachung und Monitoring von Baustellen auf Hauptverkehrsstraßen auf hamburg.de

Die SPD Bürgerschaftsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Bürgerinnen und Bürger künftig transparent über Baustellen auf Hauptverkehrsstraßen und Bezirksstraßen gut informiert werden.

Hierzu sind verlässlich und frühzeitig aussagekräftige und gut sichtbare Baustellenschilder mit Hinweis (auch mittels QR-Code) auf die Baustellenkarte www.hamburg.de/verkehr/stau-und-baustellen/baustellen¹ zu errichten. Auf dieser Baustellenkarte sollen für jede Baumaßnahme aktuell und zuverlässig alle wichtigen Informationen hinterlegt sein. Dies umfasst

- Kurzbeschreibung und Ziel der Maßnahme
- Zeitplan
- aktueller Projektstand
- ggf. Abweichungen vom ursprünglichen Zeitplan

Ergänzt werden diese Informationen durch eine leicht verständliche Fortschrittsanzeige (z.B. in Form einer Ampel), die den aktuellen Stand im Vergleich zur Planung ausweist.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

Umw Umwelt / Energie**2026/I/Umw/1****Beschluss****Annahme****Standardisierte Mehrwegpools stärken – ökologische Fehlsteuerungen durch Branded-Bottles beenden**

Der SPD Landesparteitag Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD Bundesparteitag beschließen:

1. Standardisierte Mehrweg-Pools als Regelfall festschreiben.

Die SPD setzt sich dafür ein, im Verpackungsrecht klarzustellen, dass standardisierte Mehrweg-Poolsysteme (z. B. Euro-, NRW- und GDB-Standardflaschen) den Regelfall darstellen und als ökologisch bevorzugte Systeme gelten.

1. Akkreditierungspflicht für Mehrwegsysteme mit Fokus auf Gebindestandardisierung.

Die SPD fordert, eine Akkreditierungspflicht für Mehrweg-Getränkeverpackungssysteme, bei der insbesondere der Anteil standardisierter Poolgebinde, die tatsächlichen Transportdistanzen und der Sortieraufwand im Handel als zentrale Kriterien berücksichtigt werden. Nur akkreditierte Systeme sollen künftig als förderfähig im Sinne der Abfallvermeidung gelten.

1. Begrenzung und Konditionierung von Branded-Bottles (Individualgebinden)

Die SPD setzt sich dafür ein, dass markenspezifische Individualflaschen und -kästen (Branded-Bottles) nur dann als Mehrweg im Sinne der Abfallvermeidung anerkannt werden, wenn sie ökologisch mindestens gleichwertig gegenüber standardisierten Poolgebinden sind (u. a. vergleichbare oder geringere Transportentfernungen, gleiche oder höhere Umlaufzahlen), und keinen überproportionalen Sortiermehraufwand im Handel verursachen. Andernfalls sind sie nicht als förderfähiges Mehrwegsystem anzuerkennen.

1. Gezielte finanzielle Anreize für Poolgebinde und Ausgleich des Sortieraufwands.

Die SPD fordert, finanzielle Anreize ausschließlich für akkreditierte, standardisierte Poolsysteme zu gewähren und den Sortiermehraufwand im Handel, der durch Gebindevielfalt und Branded-Bottles entsteht, über verbindliche Handhabungsentgelte (Handling Fees) zu kompensieren.

1. Klare Kennzeichnung und Verbraucherinformation.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass eine deutliche Kennzeichnung von Getränkeverpackungen mit „MEHRWEG– Poolflasche“ bzw. „MEHRWEG– Individualflasche“ sowie „EINWEG“ oder ein vergleichendes und verbindliches Ampelfarbensystem direkt auf der Verpackung sichergestellt wird, um Verbraucher*innen eine bewusste Entscheidung zugunsten standardisierter Mehrwegpools zu ermöglichen.

Überweisen an

Bundesparteitag

2026/I/Umw/2

Beschluss

Annahme

Energiewende vorantreiben und Barrieren abbauen

Die SPD Hamburg begrüßt die Eigeninitiative der Bürger*innen der Stadt, die Energiewende voranzubringen. Hierzu fordert die SPD Hamburg den Senat, die Bürgerschaft und alle notwendigen Instanzen auf, die erforderlichen rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen schnellstmöglich zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Dies heißt insbesondere:

1. **Verfahrensfreiheit von Wärmepumpen** Die SPD Hamburg setzt sich dafür ein, dass auch im Falle von notwendigen Befreiungen vom Baurecht, Wärmepumpen verfahrensfrei sind. Die Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit sollte ausschließlich in der Hand der Installationsfirmen liegen.
2. **Genehmigungsfiktion bei Netzanschlüssen** Bei der Anmeldung von Wärmepumpen, Photovoltaikanlagen und Wall-Boxen bei den Hamburger Energienetzen gilt die Genehmigungsfiktion. Eine ordnungsgemäß angemeldete Anlage gilt demnach als genehmigt, sofern innerhalb einer zu definierenden Frist kein begründeter Widerspruch durch die Hamburger Energienetze erfolgt. Gleichzeitig sind die Anmeldeverfahren so weit wie möglich zu vereinfachen, ohne die Vorgaben des § 14a des Energiewirtschaftsgesetzes zu verletzen.
3. **Transparente Zuständigkeiten und klare Verfahren** Den Hauseigentümer*innen wird ein klares Procedere digital und in Form von Broschüren zur Verfügung gestellt: Daraus soll hervorgehen, welche Zuständigkeit die Hamburger Energienetze, Energieberater*innen, der Heizungsinstallationsbetrieb sowie der Elektriker-Fachbetrieb im Anmelde und Genehmigungsprozess von Wärmepumpen und Photovoltaikanlagen haben.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

Arb Arbeit**2026/I/Arb/1****Beschluss**

Annahme

Nachreichung formaler Qualifikationen bei Bewerbungen auf Behördenstellen ermöglichen

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an die SPD Bürgerschaftsfraktion und den Hamburger Senat und zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen:

Es wird gefordert, dass bei Bewerbungen auf Behördenstellen mit Tarifvertrag formale Qualifikationen wie ein Bachelor- oder Masterabschluss nicht zwingend zum Zeitpunkt der Bewerbungsfrist vollständig vorliegen müssen, sondern innerhalb der Probezeit rechtsverbindlich nachgereicht werden können, sofern der Abschluss zum Zeitpunkt der Bewerbung absehbar bevorsteht.

Überweisen an

Bundesparteitag, Senat, Bürgerschaftsfraktion

2026/I/Arb/2

Beschluss

Annahme

Erhalt der Weiterbildungspflicht für Immobilienmakler und Wohnimmobilienverwalter – Qualifizierung ist keine Bürokratie!

Der Parteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag und der Bundestagsfraktion beschließen:

Seit dem 01.08.2018 besteht für Immobilienmakler und Wohnimmobilienverwalter eine gesetzliche Weiterbildungspflicht von 20 Stunden innerhalb von drei Jahren. Die Bundesregierung plant nun, diese Pflicht im Rahmen eines Gesetzes zum Bürokratierückbau in der Gewerbeordnung ersatzlos zu streichen.

Die Hamburger SPD fordert die SPD Bundestagsfraktion und die SPD regierten Länder im Bundesrat auf, sich für den Erhalt der Weiterbildungspflicht als Instrument zur Qualitätssicherung und zum Verbraucherschutz einzusetzen und ihre ersatzlose Streichung abzulehnen.

Überweisen an

Bundesparteitag und Bundestagsfraktion

Soz Soziales

2026/I/Soz/1

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Schlafen auf der Straße – Winternotprogramm bedarfsgerecht ausbauen!

Die sozialdemokratischen Mitglieder in Bürgerschaft und Senat mögen sich dafür einsetzen, dass die Stadt Hamburg das Winternotprogramm für obdachlose Menschen den aktuellen Herausforderungen anpasst.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Soz/3

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Chancengerechtigkeit durch soziale Vernetzung Prüfung von Patenschaftsprogrammen an Hamburger Schulen

Die SPD Bürgerschaftsfraktion Hamburg sowie die SPD Mitglieder im Senat werden darum gebeten, sich bei der Behörde für Schule, Familie und Berufsbildung sowie der Behörde für Gesundheit, Soziales, und Integration dafür einzusetzen und zu prüfen: 1. inwieweit aufbauend auf dem Projekt Schulmentoren (das ursprünglich an den 23+-Schulen implementiert wurde, also in Stadtteilen mit einem hohen Anteil von Kindern aus einkommensschwachen Haushalten, und inzwischen in über 50 Projektschulen eingeführt wurde) noch mehr Schulen die Möglichkeit geboten werden kann, an einem Mentoringprogramm teilnehmen zu können. 2. Ob dabei die bisherigen Erkenntnisse aus dem Projekt Schulmentoren analysiert und angewendet werden können. 3. Welche anderen bereits existierende Mentoringprogramme wie Arbeiterkind, Anschluss etc. dabei berücksichtigt werden können.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Soz/4

Beschluss

Annahme

Soziale Arbeit braucht soziale Förderung!

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge mit anschließender Weiterleitung an den SPD Bundesparteitag beschließen: Die Einführung einer elternunabhängigen BAföG-Förderung für alle vollzeitschulischen Ausbildungen in der Sozialpädagogischen Assistenz (SPA).

Überweisen an

Bundesparteitag

2026/I/Soz/5

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Wirklich keine Bezahlkarte – Selbstbestimmung statt Kontrolle!

1. Die SPD Bürgerschaftsfraktion und sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, etwaige Pläne für eine Bezahlkarte zur allgemeinen Auszahlung von Sozialleistungen an Empfänger*innen, welche ein eigenes Konto besitzen, zu stoppen und auch in Zukunft nicht zu verfolgen.

2. Die Bezahlkarte kann ohne großen technischen Aufwand zum Kontrollinstrument für Leistungsempfänger*innen werden, ist unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten bedenklich und birgt die Gefahr versteckter Gebühren (z.B. bei Bargeldabhebungen). Menschen ohne eigenes Konto soll die Sozialbehörde bei der Einrichtung eines eigenständigen Bankkontos unterstützen und ggf.

3. Die geringfügigen Kontoführungsgebühren übernehmen, damit die Sozialleistungen elektronisch ausgezahlt werden können.

4. Die Bezahlkarte kann unter Umständen eine sinnvolle Lösung für Menschen ohne eigenes Konto und ohne festen Wohnsitz/ohne Meldeadresse sein, um Unterstützungsleistungen abrufen zu können. Die Bezahlkarte soll dabei lediglich die Ultima Ratio darstellen, wenn alle anderen Möglichkeiten zuvor ausgeschlossen wurden.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Soz/6

Beschluss

Erledigt durch 2026/I/Soz/8

Kürzungen stoppen, Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg sichern!

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Soz/7

Beschluss

Annahme

Orange The World – Gewalt gegen Frauen in allen Stadtteilen Hamburgs adressieren und erfolgreich bekämpfen

Der Landesparteitag möge beschließen, die SPD Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Senatsmitglieder werden aufgefordert in Zusammenarbeit mit der Organisation UN Women Deutschland, so auf die zuständigen Behörden einzuwirken, dass

1. Hinweise für Hilfsangebote an Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, auf digitalen Anzeigetafeln in Außenflächen an vielbefahrene Straßen, Verkehrsknotenpunkten, sowie in den Zügen des HVV und dessen Bahnhöfen im ganzen Stadtgebiet regelmäßig angezeigt werden – auch außerhalb des Aktionszeitraums „Orange The World“,
2. Sitzbänke in der Aktionsfarbe Orange mit Hinweisen für Hilfsangebote im gesamten Stadtgebiet innerhalb des Aktionszeitraums aufgestellt werden, also auch in nicht zentral gelegenen Stadtteilzentren,
3. die dauerhafte Sichtbarkeit von Hilfsangeboten über den Aktionszeitraum hinaus soll sichergestellt werden. Dafür soll auf öffentlichen Toiletten und Toiletten für Frauen in öffentlichen Dienststellen der Stadt durch z.B. Aufkleber über Hilfsangebote informiert werden,
4. die Wanderausstellung „Was ich anhatte“ in einem öffentlich zugänglichen Gebäude der Stadt Hamburg, wie zum Beispiel den Bezirksämtern, gezeigt wird.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Soz/8

Beschluss

Annahme

Jugendhilfe zukunftsfest machen – Soziale Infrastruktur im Hamburger Haushalt nachhaltig aufstellen

Der Landesparteitag möge beschließen: Die Mitglieder der SPD Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden dazu aufgefordert,

1. sicherzustellen, dass im kommenden Doppelhaushalt der Freien und Hansestadt Hamburg 2027/ 2028 die Mittel der Kinder- und Jugendhilfe auf einem auskömmlichen Niveau – mindestens in bisheriger Höhe mit zusätzlicher Berücksichtigung der inflationsbedingten Steigerungsraten sowie der Kostenentwicklung der Tarife und Sachkosten – fortgeschrieben werden. Werden für einzelne Segmente der Kinder- und Jugendhilfe Einsparnotwendigkeiten aus fachlichen Erwägungen erkannt und umgesetzt, sollen die Minderausgaben hierfür anderen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe zugutekommen – die Gesamtausgaben für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe in unserer Stadt sollen nicht reduziert werden.
2. zu prüfen, inwieweit eine fundierte Jugendhilfeplanung für unsere Stadt implementiert werden kann. Die übergreifende Jugendhilfeplanung soll hierbei u.a. Bezirksämter, Wohlfahrtsverbände, freie Träger, Jugendhilfeausschüsse sowie Nutzende der Angebote unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben beteiligen.
3. zu prüfen, wie die Anwendung des Zuwendungsrechts (§§ 46 ff. LHO und darauf basierende Verwaltungsvorschriften) vereinfacht und weiterentwickelt werden kann, um Verwaltungsaufwand aufseiten von Stadt und Trägern zu reduzieren. Hierbei ist insbesondere darauf zu achten, dass Zuwendungsnehmer zu mehr Planungssicherheit kommen.
4. in der derzeitigen Diskussion über ansteigende Sozialleistungskosten fachliche Erwägungen voranzustellen und finanzielle Handlungsspielräume im Haushalt für früh ansetzende, sozialräumlich ausgerichtete Angebote zu schaffen. Bei der Suche nach Möglichkeiten zur Reduzierung der Sozialleistungskosten – hier insbesondere mit Blick auf die Hilfen zur Erziehung – soll auch der bundesweite Austausch in Gremien wie der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (BAGLJÄ) oder aber dem IKO-Vergleichsring forciert werden.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Soz/9

Beschluss

Erledigt durch 2026/I/Soz/8

Jugendhilfe zukunftsfest machen – Soziale Infrastruktur im Hamburger Haushalt nachhaltig aufstellen

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

Bil Bildung / Ausbildung**2026/I/Bil/1****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

Mehr Umweltschutz an Hamburger Schulen

Die SPD Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sind dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Klima- und Umweltschutz im Sinne der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen an den hamburgischen Schulen ausgeweitet wird. In diesem Rahmen sind die folgenden Maßnahmen umzusetzen:

1. An jeder Schule soll es ein Klima- und Umweltschutzkonzept geben.
2. Die BSFB wirbt darum, dass jede Schule eine*n Umweltbeauftragte*n einsetzt.
3. Die Schüler*innen an der Weiterentwicklung und Anwendung des Klima- und Umweltschutzkonzeptes zu beteiligen.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Bil/2

Beschluss

Erledigt durch Regierungshandeln

Informatik-Unterricht an die Lebensrealität anpassen

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Bil/3

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Verpflichtende Exkursionen in Schulen

Die SPD Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, niedrighschwellige Schulbildungsangebote für die Besuche des Bundestags, der Bürgerschaft und der Hamburger Bezirksversammlungen zu schaffen. Ziel ist es, dass möglichst jede*r Schüler*in den Schuljahrgängen 5-10 im Rahmen einer politischen Exkursion eines der genannten Parlamente oder eine Bezirksversammlung besucht.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Bil/4

Beschluss

Erledigt (Wird schon umgesetzt als Pilotprojekt: Jugendbeiräte in Wandsbek und Altona)

Einführung eines Hamburger Jugendparlaments (14– 18 Jahre) – verbindliche Mitbestimmung für junge Menschen

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Bil/6

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Lernmittel im Schulunterricht aktuell und interessant gestalten

Die SPD Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sind dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die im Unterricht in der Sekundarstufe I und II an Gymnasien und Stadtteilschulen behandelten Lektüren, sich an der Erfahrungswelt der Schüler*innen orientiert.

Dazu sollen folgende Veränderungen und Maßnahmen realisiert werden:

Anlässlich der Evaluation der Bildungspläne soll darauf hingewirkt werden, dass die Auswahl der Materialien im Unterricht schüler*innenorientiert stattfindet und dabei die Gegenwartsliteratur eine größere Rolle spielt. Die Schüler*innenkammer wird informiert und eingebunden bei der Festlegung der Literatur zum Zentralabitur.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Bil/7

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Mitreden statt zusehen – Schüler*innenvertretung ernst nehmen!

Die SPD Bürgerschaftsfraktion und sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sind dazu aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass Schülervertretungen in Hamburg gestärkt und ernsthaft in die Gestaltung des Schullebenseinbezogen werden. Konkret fordern wir:

1. Das Mitspracherecht der Schüler*innenvertretung bei der Auswahl von Schulleitungsmitgliedern wird gestärkt.
2. Die Anerkennung der SV-Arbeit als schulisches Engagement z. B. in Zeugnisbemerkungen. Die Durchführung und Umsetzung dieser Bemerkungen obliegt der Klassenlehrkraft.
3. Die SV-Arbeit soll durch eine Raumzuteilung unterstützt werden.
4. Die Sitzrechte für die SV in allen schulischen Gremien wird gestärkt.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Bil/10

Beschluss

Annahme

Zinsobergrenze für mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die Mitglieder der SPD im Senat sowie die SPD Bürgerschaftsfraktion werden aufgefordert, sich für die Einführung einer Zinsobergrenze bei Krediten zur Studien- und Ausbildungsförderung durch die KfW Bank einzusetzen. Dabei soll sichergestellt werden, dass der effektive Zinssatz für entsprechende Darlehen dauerhaft höchstens 3,5 Prozentpunkte über dem aktuellen Leitzins der Europäischen Zentralbank (EZB) liegt. Die Höhe des Zinssatzes insgesamt soll nicht oberhalb von 7,5 % liegen. Der Landesparteitag möge weiterhin beschließen, den Antrag mit folgendem Petitum an den Bundesparteitag weiterzuleiten: Der Bundesvorstand der SPD sowie die SPD-Bundestagsmitglieder werden aufgefordert, sich für die Einführung einer bundesweiten Zinsobergrenze bei Krediten zur Studien- und Ausbildungsförderung durch die KfW Bank einzusetzen. Dabei soll sichergestellt werden, dass der effektive Zinssatz für entsprechende Darlehen dauerhaft höchstens 3,5 Prozentpunkte über dem aktuellen Leitzins der europäischen Zentralbank (EZB) liegt. Die Höhe des Zinssatzes insgesamt soll nicht oberhalb von 7,5 % liegen.

Überweisen an

Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Bürgerschaftsfraktion, Senat, Bundesregierung

2026/I/Bil/11

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Aufmerksamkeit, Aufklärung, Ausbildung, Diagnostik, Inklusion und Versorgung für Menschen mit Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung (ADHS) und anderen Neurodivergenzen wie zum Beispiel der Autismus-Spektrums-Störung (ASS) oder FASD in Hamburg erhöhen und verbessern.

Der Landesparteitag fordert unsere Bürgerschaftsfraktion auf, daraufhin zu wirken, weiterhin

1. ADHS und andere Neurodivergenzen wie ASS als Bestandteil in der Aus- und Fortbildung für Erzieher*innen, Lehrkräfte und sonstiges Fachpersonal zu thematisieren und zu stärken und dabei stets die aktuell gültige Version des ICD als Grundlage zu verwenden.
2. Aufklärungsmaterial an Hamburger Schulen zum Thema ADHS und anderer Neurodivergenzen zur Verfügung zu stellen.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

2026/I/Bil/12

Beschluss

Annahme

Fernunterricht entbürokratisieren und an die digitale Realität anpassen - FernUSG abschaffen oder konsequent modernisieren

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen:

Die SPD Fraktion des Bundestags und die SPD Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert die Abschaffung oder konsequente Reformierung des Fernunterrichtsschutzgesetzes (FernUSG) zu prüfen.

Überweisen an

Bundesparteitag

Ges Gesundheit**2026/I/Ges/1****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

Alkoholmissbrauch verhindern – Für eine gesundheitsorientierte und sozial verantwortliche Regulierung

Der Landesparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:

Die SPD Bundestagsfraktion, die sozialdemokratischen Fraktionen in den Landtagen sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierungen werden gebeten zur Einschränkung des Alkoholmissbrauches die Steuersätze auf 20% festzulegen und bundesweite Werbeverbote einzuführen.

Überweisen an

Bundesparteitag

2026/I/Ges/3

Beschluss

Annahme

Die Hebammenversorgung am Limit: Jetzt handeln für eine sichere Geburtshilfe!

Der Landesparteitag der SPD Hamburg, möge mit anschließender Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen: Die sozialdemokratischen Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft und des Bundestages setzen sich mit Nachdruck im Rahmen ihrer jeweiligen Gesetzgebungskompetenz für die sofortige Umsetzung umfassender Maßnahmen zur Sicherstellung einer flächendeckenden und qualitativ hochwertigen Geburtshilfe ein. Wir fordern:

- Systemwechsel in der Vergütung: weg von pauschalen Abrechnungen hin zu einer differenzierten, wertschätzenden und patientenorientierten Vergütung.
- Die Rufbereitschaftspauschale soll auf mindestens 500 Euro monatlich, perspektivisch auf 700 Euro monatlich, angehoben werden.
- Deutliche Erhöhung der Vergütung für Hausgeburten und Beleggeburten.
- Einführung eines regelmäßigen Inflationsausgleichs für Hebammenleistungen im GKV-Leistungskatalog.
- Vergütung von Anfahrtszeiten bei Hausbesuchen, insbesondere in ländlichen Regionen.
- Einführung einer zusätzlichen Pauschale für Verwaltungs- und Dokumentationsaufwand.
- Förderung der flächendeckenden Einführung von Hebammenstudiengängen.
- Methodische und finanzielle Stärkung von Praxisanleitungen im Hebammenstudium. (Konkret: Einführung einer bundesweiten einheitlichen Vergütungspauschale für Praxisanleiter*innen sowie Bereitstellung didaktischer Qualifizierungsangebote.).
- Bundesweite Förderung mietfreier oder mietreduzierter Räume für freiberufliche Hebammen.
- Langfristig fordern wir: Einführung eines gesetzlichen Mindeststandards für die Geburtshilfe: eine Hebamme pro gebärende Person während der aktiven Geburtsphase (1:1-Betreuung).

Überweisen an

Bundesparteitag

2026/I/Ges/4

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Geschlechtskrankheiten ernst nehmen!

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen:

Die Einführung einer jährlichen Übernahme der Kosten für Tests auf Geschlechtskrankheiten der häufigsten Arten durch die gesetzlichen Krankenkassen und die Verpflichtung der Hausarztpraxen, diese Tests durchzuführen. Das Thema soll damit öffentlich enttabuisiert werden, die Scham der Betroffenen abgebaut und das Bewusstsein für die Bedeutung von Prävention und sexueller Gesundheit gesteigert.

Überweisen an

Bundesparteitag

2026/I/Ges/6

Beschluss

Annahme

Müttersterblichkeit verringern, Leben retten

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD Bundesparteitag beschließen:

1. Insofern die gebärfähige Person vor ihrem Tod einer solchen Untersuchung zugestimmt hat, müssen, insofern die notwendigen Kapazitäten bestehen, folgende Schritte erfolgen. • Es ist zwingend festzustellen, ob die gebärfähige Person schwanger war oder in den letzten drei Monaten eine Entbindung oder Totgeburt hatte. • Das Ergebnis ist in jedem Fall auf der Todesbescheinigung zu vermerken. • Die gebärfähige Person kann auch angeben, ob das Ergebnis einer solchen Untersuchung auf der Totenbescheinigung stehen darf und den Angehörigen mitgeteilt werden darf oder geschwärzt werden muss, oder ob die Person möchte, dass die Daten lediglich in das zentrale Register übernommen werden dürfen. Wird dieses Feld nicht ausgefüllt, werden die Daten nur in das Register übernommen. 2. Ein zentrales Register für Deutschland wird unter medizinisch-wissenschaftlichen Kriterien aufgebaut, um die Fälle von Müttersterblichkeit und die Hintergründe zu dokumentieren. Es werden nur für die Forschung relevante Daten erfasst und gespeichert.

Überweisen an

Bundesparteitag

2026/I/Ges/7

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Diskriminierungsfreie Gesundheitsprüfungen bei der Verbeamtung in Hamburg

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft und des Senats werden dazu aufgefordert das Hamburgische Beamtengesetz (HmbBG) sowie die Hamburgische Laufbahnverordnung (HmbLVO) dahingehend zu ändern, dass psychische Erkrankungen kein pauschales Ausschlusskriterium mehr bei der Verbeamtung darstellen.

Die gesundheitliche Eignung soll künftig auf Grundlage einer individuellen Prüfung der aktuellen Leistungsfähigkeit erfolgen. Dabei ist sicherzustellen, dass psychische Erkrankungen in gleicher Weise wie körperliche Erkrankungen bewertet werden und nur dann eine Ablehnung erfolgt, wenn keine dauerhafte Dienstfähigkeit konkret zu erwarten ist.

Hierzu sind insbesondere folgende Änderungen vorzunehmen:

1. Aufnahme einer gesetzlichen Klarstellung in HmbBG („Einstellungsvoraussetzungen“), dass psychische Erkrankungen nicht per se von der Einstellung ausschließen dürfen.
2. Verpflichtung für Amtsärzt*innen, bei der Beurteilung die tatsächliche, aktuelle Dienstfähigkeit der Bewerber*innen in den Vordergrund zu stellen.
3. Schaffung von transparenten Leitlinien für amtsärztliche Untersuchungen, die Diskriminierung verhindern und die Vereinbarkeit mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz sowie der UN-Behindertenrechtskonvention sicherstellen.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Ges/8

Beschluss

Erledigt durch Koalitionsvertrag (dort S. 107 unten. „Wir prüfen die Einführung einer Ersthilfe-App“)

Gesundheit: Einführung einer Lebensretter-App

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

2026/I/Ges/9

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Sicherstellung der gefährdeten stationären Kindermedizin im Osten Hamburgs

Die SPD Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die qualitativ hochwertige pädiatrische Versorgung in Hamburg, wie sie durch das Wilhelmstift und das Kinderkrankenhaus Altona aktuell angeboten wird, zu erhalten.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

2026/I/Ges/10

Beschluss

Annahme

Stärkung der Patientenvertretung im Gemeinsamen Bundesausschuss

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD und anschließender Weiterleitung an die SPD Bundestagsfraktion beschließen:

Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert gemäß Koalitionsvertrag tätig zu werden, damit die Position der Patientenvertretung im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) gestärkt wird. Für die Bank der Patientenvertreter muss sichergestellt werden, dass zukünftig ihre inhaltliche Arbeit zu Entscheidungen des G-BA transparent und für die Öffentlichkeit sichtbar werden. Für die Arbeit der Patientenvertretung ist eine demokratische Binnenstruktur innerhalb der Patientenvertretung und die Möglichkeit eines einmaligen, aufschiebenden Vetorechts der Patientenvertretung gegen Beschlüsse des G-BA zu schaffen. Erfolgt ein Veto durch die Patientenvertretung sind auch die tragenden Gründe der Patientenvertretung durch den G-BA unverzüglich öffentlich zu machen.

Überweisen an

Bundesparteitag und Bundestagsfraktion

2026/I/Ges/11

Beschluss

Annahme

Sitz und Mitberatungsrecht für die Patientenvertretung

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD und anschließender Weiterleitung an die SPD Bundestagsfraktion beschließen:

Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert gemäß Koalitionsvertrag zur Stärkung der Patientenvertretung tätig zu werden, indem die Patientenvertretung Sitz und Mitberatungsrecht in den Bewertungsausschüssen gemäß § 87 Sozialgesetzbuch V (SGB V) - Bundesmantelvertrag, einheitlicher Bewertungsmaßstab, bundeseinheitliche Orientierungswerte – erhält.

Überweisen an

Bundesparteitag und Bundestagsfraktion

Innen Inneres**2026/I/Innen/1****Beschluss**

Annahme

Sicherheitshilfen für ein lebendiges, offenes Hamburg

Die SPD Hamburg, die SPD Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats setzen sich dafür ein, dass

1. die Erstellung und Umsetzung von Sicherheitskonzepten für Veranstaltungen des öffentlichen Lebens in Hamburg erleichtert wird. Dabei ist zu prüfen, ob ein städtischer Bestand an Sicherheitsmitteln für Verkehrsblockaden aufgebaut werden kann. Insbesondere ist zu prüfen, ob Fahrzeugsperren wie Betonblöcke, Sperrpfosten, Poller o.ä. vorgehalten werden können und ob diese bei der Planung und Umsetzung von notwendigen Sicherheitskonzepten für Veranstaltungen unter freiem Himmel, bei denen Verkehrsblockaden benötigt werden, den Veranstaltern angeboten werden können.
2. Bei Veranstaltungen des öffentlichen Lebens, die erhöhte Sicherheitsvorkehrungen erfüllen müssen, ist zu prüfen, ob zur Umsetzung dieser Maßnahmen auf den städtischen Bestand zugegriffen werden könnte. Dies kann bei gewerblichen Veranstaltungen, auch Volksfesten, kostenpflichtig sein.
3. Zudem ist zu prüfen, ob für nicht-kommerzielle Veranstaltungsformen, beispielsweise Nachbarschafts- oder Kinderfeste, die Inanspruchnahme dieser städtisch vorgehaltenen Sicherheitsmittel kostenfrei sein könnte und ob in diesen Fällen eine logistische Unterstützung angeboten werden könnte.

Überweisen an

SPD Hamburg, Bürgerschaftsfraktion, Senat

2026/I/Innen/2

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Dezentrale, soziale und menschenwürdige Unterbringungspolitik für Geflüchtete

Die SPD Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass

1. die Geflüchteten aus der Unterkunft in der Schlachthofstraße schnellstmöglich in feste und beheizte Unterkünfte mit ausreichender Privatsphäre umziehen,
2. bis zum Umzug der Zugang zu sanitärer Infrastruktur (jederzeit), medizinischer Versorgung sowie psychosozialer Betreuung sichergestellt ist,
3. eine dezentrale, soziale und menschenwürdige Unterbringungspolitik verfolgt wird, die Notunterkünfte (wie in der Schlachthofstraße) nicht zum Dauerzustand, sondern zum absoluten Ausnahmezustand werden lässt.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Innen/3

Beschluss

Annahme

Gesetzesinitiative zum Schutz der wehrhaften Demokratie: Mit einem Finanzierungs-Ausschluss die Beschäftigung verfassungsfeindlichen Personals nicht auch noch staatlicherseits fördern!

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an die SPD Bürgerschaftsfraktion beschließen:

Es soll eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, mit der in Hamburg zur Abwehr von Gefahren für die Funktions- und Arbeitsfähigkeit der Hamburgischen Bürgerschaft und ihrer Gremien und die freiheitlich-demokratische Grundordnung alle Abgeordneten- und Fraktionsmitarbeitenden auf ihre Zuverlässigkeit im Hinblick auf den Verfassungs- und Parlamentschutz unter Einbeziehung sämtlicher Erkenntnisse der Gefahrenabwehrbehörden zu überprüfen sind. Eine gleichlaufende Regelung soll auch für die Gremien der Bezirksversammlungen geschaffen werden.

Sofern eine Überprüfung mangels Zustimmung der Mitarbeitenden nicht erfolgen kann oder negativ ausfällt, soll die finanzielle Erstattung eingestellt (Abgeordnete) bzw. die finanzielle Ausstattung gekürzt (Fraktionen) werden.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

2026/I/Innen/4

Beschluss

Annahme

Resilienz als oberstes Schutzgebot: Optimale Informationen aus einer Hand als Aufgabe der staatlichen Daseinsvorsorge sicherstellen

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die Mitglieder der SPD Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft werden aufgefordert,

1. darauf hinzuwirken, dass die Hamburger Bevölkerung und auch andere Menschen, die sich regelmäßig in Hamburg aufhalten auf altbekannten (analogen) wie auch digitalen Kommunikationswegen umfassend und aus einer Hand über das Verhalten in Katastrophenfällen, Notsituationen und Maßnahmen, die der Einzelne zum Eigenschutz ergreifen kann unter Berücksichtigung lokaler Besonderheiten regelmäßig informiert werden. Die bestehenden Informationen sollen adressatengerecht und behördenübergreifend ausgebaut werden. Aus den Informationen soll deutlich hervorgehen, was an Leistung staatlich eingesetzt werden kann und was von Bürger*innen vor allem im Bereich der Vorsorge selbst aufzubringen ist,
2. darauf hinzuwirken, dass Evakuierungspunkte und für die öffentliche Information geeignete Ort Geoportal hinterlegt werden und einschlägige Informationen in oder an öffentlichen Gebäuden wiederholt und aktualisiert bekannt gemacht werden, die beispielsweise beinhalten, wie die Trinkwasserversorgung im Notfall oder der Internetzugang sichergestellt wird,
3. darauf hinzuwirken, dass beispielsweise Sicherheitsbeauftragten in den Betrieben und öffentlichen Einrichtungen auf Fortbildungsmöglichkeiten zum Katastrophenschutz hingewiesen werden und dazu angehalten werden, das erworbene Wissen nicht nur selbst anzuwenden, sondern im Betrieb oder der Einrichtung zu teilen und
4. darauf hinzuwirken, dass die Kurse zur Ersthilfe mit Selbstschutzzinhalten (EHS) des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in der breiten Bevölkerung bekannter werden und die rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten zur Einarbeitung von Katastrophenschutzinhalten in die Schulungen von Sicherheitsbeauftragten oder Brandschutzbeauftragten oder anderem geeigneten Personal zu prüfen.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Innen/5

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Engagement in der Freiwilligen Feuerwehr angemessener wertschätzen und stärken

Die SPD Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, sich perspektivisch dafür einzusetzen, dass

- die Aufwandsentschädigung für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Hamburg erhöht werden kann. Gleiches gilt für die Aufwandsentschädigung der Wehrführer und ihrer Stellvertreter, der Jugendfeuerwehrwarte und Gerätewarte.
- ergänzend weitere Maßnahmen zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements in der Freiwilligen Feuerwehr wie beispielsweise durch Zuschüsse zu den Kosten für Führerscheine oder vergünstigte HVV-Tickets umgesetzt werden können.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

Recht Recht**2026/I/Recht/1****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

Resozialisierung fördern - Kommunikation vereinfachen!

In Justizvollzugsanstalten der Freien und Hansestadt Hamburg sollen Gefangenen die Kommunikation nach außen erleichtert werden. Dazu soll rechtlich verpflichtend geregelt werden, dass:

- Gefangenen ein Haftraummediensystem (HamSy) und ein Haftraumtelefon bzw. ein Handy zur Verfügung gestellt werden.
- Die Leistungen eines HamSy maximal zu Preisen angeboten werden, die auch außerhalb von Gefängnissen üblich sind, langfristig soll die Kommunikation wesentlich günstiger werden.
- Die Leistungen, die auf einem HamSy möglich sind, gemeinsam mit den Gefangenen evaluiert werden und an die Wünsche und Bedürfnisse der Gefangenen angepasst werden.
- Einschränkungen zum Opferschutz und das Abhören und Aufzeichnen von Telefonaten von Gefangenen nur auf Richterlichen Beschluss im Einzelfall möglich sein.

Um das zu gewährleisten, muss die Zusammenarbeit mit der Telio Management GmbH und deren Tochterfirmen kritisch evaluiert werden. Kann Telio diese Dienstleistungen nicht zur Verfügung stellen, soll die Freie und Hansestadt Hamburg ein eigenes System bereitstellen.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Recht/2

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Transparenz für alle – Gebühren auf Null!

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und an die SPD Bürgerschaftsfraktion und den Senat weiterleiten:

Die Gebührenordnung für Amtshandlungen nach dem Hamburgischen Transparenzgesetz wird überarbeitet. Informationen, die im Transparenzportal vorhanden sein sollten, dies aber nicht sind, werden digital kostenfrei zur Verfügung gestellt. Es soll möglich sein, die Papier-, Druck-, und Versandkosten als Gebühr zu erheben. Es ist dabei zu prüfen, ob und wie diese Gebühren nach klaren Kriterien gestaffelt werden können, etwa nach Umfang des Papierverbrauchs, Druckaufwand, Versandart sowie tatsächlichem Verwaltungsaufwand, um Transparenz und Nachvollziehbarkeit sicherstellen und eine missbräuchliche Anwendung zu verhindern.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Recht/4

Beschluss

Annahme

Verbot von Werbung und Sponsorings für Glücksspiel

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die SPD Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft setzen sich dafür ein, 1.) § 5 GlüStV dahingehend zu ändern, dass Werbung und jede Form des Sponsorings für Glücksspiel verboten sind. 2.) wirksame Kontroll- und Sanktionsinstrumente zu entwickeln, welche das Werbe- und Sponsoringverbot durchsetzen.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Recht/5

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Keine Grauzonen für Übergriffe – Strafbarkeit von Voyeur-Aufnahmen ausweiten

Die SPD Hamburg unterstützt ausdrücklich die Petition „Voyeur-Aufnahmen strafbar machen – Jetzt Gesetzeslücke schließen!“ von Yanni Gentsch und begrüßt die breite öffentliche Resonanz hierauf. Wir fordern, dass die durch den Fall Gentsch offenkundig gewordene Strafbarkeitslücke unverzüglich geschlossen wird. Heimliche, sexuell motivierte Foto- oder Videoaufnahmen von Personen gegen deren Willen müssen unabhängig von Kleidung oder Kamerawinkel als Straftat geahndet werden können.

Im Rahmen dieser Gesetzesinitiative soll insbesondere geprüft werden, ob eine Erweiterung der bestehenden Strafvorschriften (§ 201a oder § 184k StGB) erforderlich ist, um auch die unbefugte Herstellung von Aufnahmen mit eindeutigem Fokus auf bekleidete sensible Körperbereiche unter Strafe zu stellen.

Unser Ziel ist ein wirksamer strafrechtlicher Schutz vor voyeuristischen Bildaufnahmen, der das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung in der digitalen und analogen Öffentlichkeit garantiert.

Überweisen an

SPD Hamburg, Bürgerschaftsfraktion, Senat

2026/I/Recht/6

Beschluss

Erledigt durch 2026/I/Recht/5

**Für den besseren Schutz vor heimlichen Voyeur-Aufnahmen:
Gesetzeslücke endlich schließen!**

Überweisen an

Bundesparteitag

2026/I/Recht/7

Beschluss

Annahme

Verbot der Verteilung von Werbematerial an Kraftfahrzeugen gemäß § 23 Absatz 3 Nummer 1 HWG

Die SPD Bürgerschaftsfraktion und der SPD geführte Senat werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die illegale Verteilung von Werbematerialien an Kraftfahrzeugen – insbesondere durch das Anbringen von Werbekärtchen an Windschutzscheiben oder Türgriffen – wirksam unterbunden wird.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Recht/8

Beschluss

Annahme

Demokratie schützen – Rechtsextremismus entschieden entgentreten – AfD-Verbotsverfahren prüfen, staatliche Finanzierung beenden, Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst entfernen

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:

1. Die SPD Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft und die SPD Mitglieder des Senats werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass sich der Hamburger Senat auf Bundesebene für die Einleitung eines Parteiverbotsverfahrens gegen die AfD nach Art. 21 Abs. 2 GG einsetzt.
2. Die SPD Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft und die SPD Mitglieder des Senats werden außerdem aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass auf Bundesebene Schritte eingeleitet werden, um die AfD nach § 18 PartG von der staatlichen Parteienfinanzierung auszuschließen.
3. Die SPD Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft und die SPD Mitglieder des Senats werden schließlich aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass rechtsextreme Beamt*innen und Angestellte mit AfD Parteimitgliedschaft konsequent aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden, sofern sie gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung verstoßen.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Recht/9

Beschluss

Annahme

Öffentlich-rechtlichen Rundfunk vor Angriffen schützen – Zustimmungspflicht der Bürgerschaft für Kündigungen von Staatsverträgen verankern

Die SPD Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft und die SPD Mitglieder des Senats werden aufgefordert, sich für eine Änderung der Hamburgischen Verfassung einzusetzen, wonach die Kündigung von Staatsverträgen, insbesondere solcher mit medienpolitischer Relevanz wie dem Rundfunkstaatsvertrag, nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Hamburgischen Bürgerschaft erfolgen darf.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Recht/11

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Beförderungerschleichung entkriminalisieren

[Tabelle online ansehen]

Dafür werden der Senat und die Fraktion gebeten, auf entsprechende Beschlüsse der Vorstände bzw. Gesellschafterversammlungen der jeweiligen Verkehrsträger (hvv, S-Bahn Hamburg GmbH vhh.mobility, Hochbahn und HADAG) hinzuwirken.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

Teilh Gleichstellung / Teilhabe**2026/I/Teilh/1****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

Ernsthaft Demokratie fördern?! Jetzt: Ein Landesintegrationsrat für Hamburg

Der Landesparteitag möge zur anschließenden Weiterleitung an den Senat und die SPD Bürgerschaftsfraktion beschließen:

Die SPD Hamburg und der Senat werden aufgefordert, den Landesintegrationsbeirat demokratisch zu stärken, indem er gesetzlich verankert wird und seine Befugnisse, wie zum Beispiel Antrags- und Anhörungsrechte, im geplanten Integrationsgesetz gestärkt werden.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Teilh/2

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Einsetzung einer/s Beauftragten für Antirassismus und Integration für Hamburg

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft setzen sich dafür ein, dass die Hamburgische Bürgerschaft im Rahmen des geplanten Landes-Anti-Diskriminierungsgesetzes Mitsprache bei der Koordination der Maßnahmen zur Bekämpfung rassistischer Diskriminierung bekommt, zum Beispiel durch eine Beauftragte für Antirassismus und Integration, um ein entschlossenes Zeichen gegen Rassismus in unserer Stadt zu setzen.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

2026/I/Teilh/3

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Parität ist möglich: Geschlechtergerechtigkeit als Staatsziel in der Hamburgischen Verfassung verankern

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an die SPD Bürgerschaftsfraktion eine Verankerung des Grundsatzes der Parität in der Hamburgischen Landesverfassung beschließen. Für diesen Zweck ist Artikel 3 Absatz 2 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg vom 6. Juni 1952 um einen Zusatz zu ergänzen, der geschlechterparitätische Kandidaturen für Bürgerschafts- und Bezirksversammlungen festschreibt.

Begründung:

1. Geschlechtergerechtigkeit ist ein zentraler Wert der Sozialdemokratie und eine Voraussetzung für eine moderne, demokratische Gesellschaft. Über 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts bleibt die paritätische Besetzung von Parlamenten in Deutschland, einschließlich Hamburg, unerreicht. In der aktuellen Hamburgischen Bürgerschaft liegt der Frauenanteil knapp bei 45,5 %; ein vergleichsweise hoher Wert, der in erster Linie im Wahlerfolg derjenigen Parteien gründet, die im Rahmen von Aufstellungsverfahren Quoten-Regelungen vorsehen. Dennoch zeigt sich: Ohne verbindliche Maßnahmen sinkt die Repräsentation von Frauen. Denn parteiinterne Strukturen verhindern ihre Kandidaturen oftmals. Auf kommunaler Ebene, sowie in Parteiämtern und Senatsfunktionen setzt sich die strukturelle Ungleichverteilung fort. In Hamburg zeigt die SPD-Fraktion sowie -Partei, dass eine paritätische Listenaufstellung die Repräsentation verbessert. Der durchschnittliche Frauenanteil liegt in den SPD Bezirksfraktionen bei 48,8 % (eine detaillierte Übersicht bietet der aktuelle Gleichstellungsbericht der SPD Hamburg, S. 42-43). Die Repräsentation der Frauen anderer Parteien ohne paritätische Aufstellung bleibt dagegen defizitär.

2. Verfassungsrechtlicher Rahmen in Deutschland

In Brandenburg (2020) und Thüringen (2020) wurden die dortigen Paritätsgesetze von den jeweiligen Landesverfassungsgerichten für verfassungswidrig erklärt – insbesondere wegen Verstößen gegen das Demokratieprinzip, die Wahlrechtsgleichheit und die Parteienfreiheit. Das Verfassungsgericht hat mit Beschluss vom 6. Dezember 2021 (2 BvR 1470/20) eine Verfassungsbeschwerde gegen das Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs zur Nichtigkeit des dortigen Paritätsgesetzes nicht zur Entscheidung angenommen, weil sie unzulässig war. In der Begründung stellte das BVerfG allerdings klar: Landesverfassungen können nur dann starre pari-

tätische Regelungen zulässig machen, wenn die jeweilige Landesverfassung dies ausdrücklich erlaubt oder verlangt. Darum wollen wir als ersten Schritt die Hamburgische Landesverfassung in diesem Punkt ergänzen.

3. Juristische und politische Schlussfolgerung

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes ist ein Paritätsgesetz nur dann verfassungsgemäß, wenn die jeweilige Landesverfassung den Grundsatz der Parität ausdrücklich trägt oder verlangt. Das bedeutet: Eine Verankerung des Paritätsprinzips in der Hamburgischen Landesverfassung ist die notwendige Voraussetzung, um künftig rechtssicher Paritätsregelungen im Wahlrecht umsetzen zu können.

- Die Gleichstellung ist nicht nur ein Verfassungsauftrag (Art. 3 Abs. 2 GG), sondern auch eine demokratische Notwendigkeit
- Die Hamburger SPD steht in der Verantwortung, strukturelle Hürden zu benennen und zu beseitigen:

Dabei ist sicherzustellen, dass das Paritätsprinzip nicht eindimensional greift, sondern die Vielfalt ausdrücklich mitgedacht wird. Eine verfassungsgemäße und zukunftsgerichtete Gleichstellungspolitik muss intersektionale Diskriminierungslagen – etwa entlang von Herkunft, ethnischer Zuschreibung, Behinderung, Alter, geschlechtlicher und sexueller Identität oder aufgrund von Care-Arbeit – anerkennen und strukturell berücksichtigen. Auch wenn das anspruchsvolle Hamburger Wahlrecht mit den Mehrmandatskreisen nicht auf den ersten Blick paritätischen Regelungen gut zugänglich erscheint, liefert diese Änderung in der Hamburgischen Landesverfassung die Grundlage, ein Modell für ein paritätisches Wahlrecht zu entwickeln.

4. Fazit

Eine Verfassungsänderung zur Förderung der Geschlechterparität – durch paritätische Kandidat*innenlisten – wirkt darauf hin, strukturelle Hürden abzubauen und Hamburg als Wegbereiterin für gleichberechtigte politische Teilhabe zu positionieren. Hamburg muss in Deutschland Vorreiterin sein, wie man Demokratie zukunftsfähig, gleichberechtigt und verfassungsgemäß gestaltet. Auch in anderen Ländern wie Frankreich, Spanien, Belgien und Mexiko zeigen Paritätsregelungen bereits erfolgreich, dass Demokratie durch Geschlechtergerechtigkeit gestärkt wird.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

2026/I/Teilh/4

Beschluss

Erledigt durch Teilh/3

Parität ist möglich: Geschlechtergerechtigkeit als Staatsziel in der Hamburgischen Verfassung verankern

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

2026/I/Teilh/5

Beschluss

Erledigt durch Teilh/3

Parität ist möglich: Geschlechtergerechtigkeit als Staatsziel in der Hamburgischen Verfassung verankern

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

2026/I/Teilh/6

Beschluss

Annahme

Monitoring/ Ergebnisse der Planungen und Aktivitäten „Age friendly City“

Der Senat wird aufgefordert, zu den terminlich fokussierten Maßnahmen des Aktionsplanes „Age friendly City“, hier „Maßnahmenübersicht/ Handlungsfelder“ über die Ergebnisse der Jahre 2024/2025 Bericht zu erstatten und die Ergebnisse kontinuierlich zu veröffentlichen. Dabei ist ferner mitzuteilen, in welcher Form der Landessenior*innenbeirat bei der Erstellung des Monitorings beteiligt wurde.

Überweisen an

Senat

2026/I/Teilh/7

Beschluss

Annahme

Verbesserung der telefonischen Erreichbarkeit bei Hamburger Behörden und stadteigenen Unternehmen

Viele Menschen – insbesondere ältere Bürger*innen, Personen mit geringem Einkommen oder eingeschränkten digitalen Kompetenzen – sind auf persönliche und telefonische Kontakte angewiesen.

Eine zu starke Fokussierung auf digitale Kommunikation kann zur sozialen Ausgrenzung führen. Deshalb ist es erforderlich, dass staatliche Stellen sowohl digitale Angebote als auch den klassischen, persönlichen Zugang sicherstellen.

Die SPD steht für eine Verwaltung, die alle Menschen erreicht, unabhängig von Einkommen, Alter oder technischer Ausstattung. Eine verlässliche telefonische Erreichbarkeit ist Ausdruck von Respekt und Wertschätzung der Bürger*innen unserer Stadt.

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an die SPD Bürgerschaftsfraktion beschließen, den Senat zu ersuchen, Maßnahmen zu ergreifen, um die telefonische Erreichbarkeit von Hamburger Behörden und stadteigenen Unternehmen im Sinne einer bürgernahen, barrierefreien und sozial gerechten Verwaltung deutlich zu verbessern.

Dabei sollen insbesondere folgende Punkte berücksichtigt werden:

1. Erreichbarkeit sicherstellen:

Bandansagen sollen so gestaltet werden, dass Bürger*innen stets auch die Möglichkeit eines direkten Gesprächskontakts erhalten. Hinweise auf digitale Kommunikationswege (z. B. E-Mail, Online-Portale) können ergänzend erfolgen, dürfen aber kein Ersatz für den persönlichen Telefonkontakt sein.

1. Servicezeiten und Wartezeiten optimieren:

Behörden und Unternehmen sollen Vorgaben im Telefonservice entwickeln, die eine angemessene Erreichbarkeit während der Geschäftszeiten sicherstellen. Dazu gehören die Installation von Rückrufsystemen, erhöhter Personaleinsatz in Stoßzeiten sowie Informationen zur telefonischen Erreichbarkeit.

1. Barrierefreiheit und Teilhabe gewährleisten:

Der Zugang zu Verwaltung und öffentlichen Dienstleistungen muss auch für Menschen ohne digitale Kenntnisse oder technische Ausstattung möglich sein. Die telefonische Kommunikation soll daher ein zentraler Bestandteil sozial gerechter Teilhabe bleiben.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

2026/I/Teilh/8

Beschluss

Erledigt durch Teilh/7

Telefonische Erreichbarkeit der Hamburger Behörden und Landesbetriebe

Überweisen an

Senat

2026/I/Teilh/9

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Zugang zum Integrationskurs ermöglichen: Gegen Sparmaßnahmen bei Integrationskursen!

Die SPD Bürgerschaftsfraktion, die Hamburger sozialdemokratischen Senator*innen sowie die Hamburger SPD Bundestagsabgeordneten werden aufgefordert, sich gegen eine Beschränkung des Zugangs zu Integrationskursen für Personen einzusetzen, die unter § 44 Abs. 4 des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (AufenthG) fallen, und eine schnellstmögliche Teilnahme an Integrationskursen zu ermöglichen. Darüber hinaus werden sie aufgefordert, sich für eine finanzielle Ausstattung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einzusetzen, die Integrationskurse für Personen nach § 44 Abs. 4 AufenthG weiterhin vollumfänglich gewährleistet und langfristig sicherstellt.

Ferner sollen sie dafür Sorge tragen, dass

- angesichts der angekündigten Umbaupläne des BAMF in der Integrationspolitik das Sprachniveau B1 als Lernziel für IK nicht aufgegeben wird, um das Risiko prekärer Beschäftigung der Migrant:innen nicht zu erhöhen.
- das Curriculum „Leben in Deutschland“ in Integrationskursen nicht aufgegeben wird, da dieses für das Verständnis von Gesellschaft, Kultur und Demokratie für die Zuwandernde wichtig ist.
- die Kostenerstattung für die Träger nicht verschlechtert sowie unnötige Bürokratie abgebaut werden wird.
- die Hamburger Ausländerbehörde ihren Ermessensspielraum bei der Ausstellung von Verpflichtungen auf der Grundlage von § 44a AufenthG nutzt, um die Teilnahme an Integrationskursen für möglichst viele Bedürftige zu ermöglichen.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion, Senat, Bundestagsfraktion

2026/I/Teilh/10

Beschluss

Annahme

Integrations- und Berufssprachkurse kostenlos erhalten

Das CDU-geführte Bundesinnenministerium hat angekündigt, den Zugang zu Integrations- und Berufssprachkursen für bestimmte Personengruppen einzuschränken. Betroffen sind insbesondere Unionsbürger*innen, Geflüchtete aus der Ukraine (§ 24 AufenthG), Menschen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG, Asylsuchende mit Aufenthaltsgestattung sowie Personen mit einer Ermessensduldung (§ 60a Abs. 2 Satz 3 AufenthG, z. B. Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung). Diese Personengruppen konnten bisher – je nach Status – in der Regel kostenfrei oder kostenbefreit an Integrations- und Berufssprachkursen teilnehmen. Künftig sollen Integrations- und Berufssprachkurse für diese Menschen überwiegend nur noch als Selbstzahlerangebote zur Verfügung stehen. Für die regulär vorgesehenen 700 Unterrichtsstunden (Sprach- und Orientierungskurs) können sich die Kursgebühren – ohne staatliche Förderung – auf bis zu rund 3.000 Euro summieren, was für viele faktisch einem Ausschluss von der Teilnahme gleichkommt.

Der SPD Parteivorstand und die SPD Bundestagsfraktion setzen sich dafür ein, dass die Koalition in der Bundesregierung sicherstellt, dass Integrationskurse sowie Berufssprachkurse auch weiterhin für folgende Gruppen kostenfrei bzw. ohne Eigenbeteiligung zugänglich sind:

- Geflüchtete aus der Ukraine mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG,
- Menschen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG,
- Asylsuchende mit Aufenthaltsgestattung,
- Personen mit einer Ermessensduldung nach § 60a Abs. 2 Satz 3 AufenthG (z. B. Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung).

Überweisen an

Bundesvorstand und Bundestagsfraktion

Eur Europa**2026/I/Eur/1****Beschluss**

Annahme

Europäische Buchungsplattform für Bahnreisen – im Einklang mit laufenden EU-Initiativen

Der Landesparteitag möge beschließen: Die SPD fordert auf europäischer Ebene die Einführung einer zentralen, öffentlichen und nicht profitorientierten Online-Plattform für Bahnreisen in der EU. Die Plattform muss die laufenden Bemühungen der Europäischen Kommission – insbesondere die angekündigte Gesetzesinitiative für einheitliche digitale Buchungs- und Ticketdienste – unterstützen und weiterführen.

Diese Plattform soll: 1. Alle Bahnunternehmen in der EU verpflichtend einbeziehen – staatlich wie privat. 2. Einen einheitlichen europäischen Fahrplan bereitstellen, einschließlich grenzüberschreitender Verbindungen. 3. Barrierefreiheit und Mobilitätseinschränkungen bei der Planung und Buchung berücksichtigen. 4. Immer den günstigsten verfügbaren Preis anzeigen, einschließlich aller Rabatte und Sonderaktionen. 5. Durchgehende Ticketbuchungen über Länder- und Betreibergrenzen hinweg ermöglichen, mit klaren Fahrgastrechten. 6. Den europäischen Verbraucherschutz stärken, indem Buchungsprozesse transparenter, Rechte klarer geregelt und Kundeninteressen besser gewahrt werden.

SPD Abgeordnete in Bundestag und Europäischem Parlament werden aufgefordert, dieses Ziel aktiv politisch voranzutreiben und die EU-Kommission bei der Gesetzesinitiative zu unterstützen, um rasch ein verbindliches digitales Buchungssystem zu realisieren, das alle genannten Anforderungen erfüllt.

Überweisen an

Europaabgeordnete

2026/I/Eur/2

Beschluss

Annahme

ICE, Trump und co. nicht an unsere Daten lassen!

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen:

Die SPD Abgeordneten im EU Parlament sollen sich dafür einsetzen, dass die Europäische Kommission jeden Zugriff von US Behörden auf nationale und europäische Polizeidatenbanken verweigert. Zudem sind die SPD Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass sich die Bundesrepublik Deutschland im Europäischen Rat gegen den Zugriff von US Behörden auf nationale und europäische Polizeidatenbanken einsetzt.

Überweisen an

Bundesparteitag

Kul Kultur**2026/I/Kul/2****Beschluss**

Annahme

Hornkate Altengamme: Kulturdenkmal und Deichsicherheit

Die Mitglieder der SPD Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates werden aufgefordert, sich in Abstimmung mit der BUKEA und dem Denkmalschutzamt für den Erhalt der historischen Hornkate am jetzigen Standort am Altengammer Hauptdeich 130 einzusetzen. Die Wahrung der Deichsicherheit muss dabei als oberstes Gebot gesichert bleiben. Sollte ein Erhalt am jetzigen Standort nicht möglich sein, ist dies gutachterlich und öffentlich einsehbar zu begründen.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Kul/4

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Ausweitung der Kulturfreikarte

Die SPD Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Hamburgischen Senates werden dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Kulturfreikarte analog zu den Studierenden auf Auszubildende im ersten Lehrjahr und Freiwilligendienstleistende ausgeweitet wird.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Kul/6

Beschluss

Annahme

8. März als Feiertag!

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die sozialdemokratischen Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft setzen sich dafür ein, dass ein hamburgweiter Feiertag zum Anlass des internationalen feministischen Kampftags am 8. März erlassen wird.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

Wi/Steu Wirtschaft / Steuern**2026/I/Wi/Steu/2****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

Für ein Verbot des Fliegenlassens weißer Tauben in Hamburg

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Hamburgische Bürgerschaft und des Senats werden dazu aufgefordert, das Nutzen von Hochzeitstauben oder vergleichbaren Zuchtformen im gesamten Hamburger Stadtgebiet zu verbieten. Dabei soll sichergestellt werden, dass das Fliegenlassen von weißen Tauben im Rahmen von Hochzeiten, Veranstaltungen, Feiern oder kommerziellen Angeboten ausdrücklich untersagt wird.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Wi/Steu/4

Beschluss

Erledigt durch Beschluss 2023/I/Wi/Steu/6

Mehr Schutz für Tiere – Feuerwerksverbotszonen in Hamburg ausweiten

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Wi/Steu/5

Beschluss

Annahme

Einführung einer Mindestbesteuerung der extrem Vermögenden in Deutschland

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung zum Bundesparteitag beschließen:

1. Die SPD setzt sich für eine Mindestbesteuerung der extrem vermögenden Haushalte in Deutschland ein. Von der Steuer erfasst werden natürliche Personen bzw. Haushalte mit einem Nettovermögen über 100 Millionen Euro.
2. Für diese Vermögensgruppe wird ein jährlicher effektiver Mindeststeuersatz von 2 % des Nettovermögens angestrebt. Liegt die tatsächlich gezahlte Steuerlast der einbezogenen Haushalte darunter, wird eine Ausgleichsabgabe erhoben, bis die 2 % erreicht sind.
3. Alle Vermögensarten, einschließlich Betriebsvermögen und nicht börsennotierter Unternehmensanteile, sind einzubeziehen.
4. Steuerflucht z.B. durch Verlagerung des Wohnsitzes ins Ausland soll durch Regelungen wie in den USA unterbunden werden, d.h. durch Bindung der Steuerpflicht an die Staatsbürgerschaft und nicht an den Wohnsitz (Citizen-Based Taxation / Exit Tax).
5. Zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen im Einzelfall sind Stundungs- und streckende Zahlungsregelungen vorzusehen.
6. Die erwarteten Mehreinnahmen tragen zur Stärkung der öffentlichen Finanzen bei und können z.B. für Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz, Infrastruktur und Bildung eingesetzt werden.
7. Die SPD setzt sich darüber hinaus auch auf europäischer Ebene für eine koordinierte Mindestbesteuerung von *Milliardärinnen und Multimillionärinnen* ein.
8. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, einen Gesetzentwurf zur nationalen Mindestbesteuerung im kommenden Jahr vorzulegen.

Überweisen an

Bundesparteitag

2026/I/Wi/Steu/6

Beschluss

Annahme

Forderung nach einem gesetzlichen Rentenfonds zur Sicherung der Altersvorsorge

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag und die Bundestagsfraktion beschließen:

Die gesetzliche Rente ist die tragende Säule unserer Altersvorsorge und Ausdruck der Solidarität zwischen den Generationen. Das paritätisch finanzierte Umlageverfahren bleibt dabei das Herzstück der Rentenversicherung. Angesichts der wachsenden Herausforderungen für das Rentensystem – insbesondere durch den demografischen Wandel – braucht es jedoch umfassende Reformen und neue Instrumente, um das Rentenniveau dauerhaft zu sichern und langfristig zu stärken. Wichtig ist ein Rentensystem, in das alle Beschäftigten einzahlen. Entscheidend ist, dass höhere Einkommen stärker zur Finanzierung des Systems beitragen und ein hohes Beschäftigungsniveau gesichert ist, bei dem möglichst viele Beschäftigte dank Qualifizierung und einer leistungsfähigen Infrastruktur (z.B. Kitas und Schulen) ein gutes Einkommen erzielen können.

Um die gesetzliche Rente weiter abzusichern, fordern wir daher als weiteres und neues Element die Schaffung eines gesetzlichen, öffentlich verwalteten Rentenfonds. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für die folgenden Maßnahmen ein:

- Ein staatlicher Rentenfonds wird als wesentlicher Bestandteil der Altersvorsorge eingerichtet. Durch langfristige Kapitalerträge trägt er zur Stabilisierung der Rentenversicherung bei und schafft damit eine verlässliche Einnahmequelle für die gesetzliche Rente.
- Der Fonds soll dazu beitragen, dass das Rentenniveau stabilisiert und verbessert wird und somit hohe Beitragssteigerungen vermieden werden können.
- Der Fonds soll auf ethischen, sozialen und ökologischen Investitionskriterien basieren, um eine verantwortungsvolle Kapitalverwendung sicherzustellen.
- Er muss transparent und nachvollziehbar aufgebaut und durch eine unabhängige, öffentlich-rechtliche Verwaltung geführt werden. Er muss strengen Regularien und voller Transparenz unterliegen

Zur Finanzierung des Fonds müssen neue Einnahmequellen herangezogen werden. In Betracht dafür kommt insbesondere eine reformierte Erbschaftssteuer, die bewirkt, dass die ältere Generation Lasten zugunsten der jüngeren übernimmt. Da in Deutschland jährlich rund 400 Mrd. Euro vererbt werden, kann durch eine vertretbare Steuerbelastung sehr hoher Erbschaften ein ausreichendes Mittelaufkommen erreicht werden.

Die Finanzierung des gesetzlichen Rentenfonds durch Beiträge der Versicherten oder durch staatliche Kreditaufnahme wird ausgeschlossen, da angesichts der prinzipiellen Risiken des Kapitalmarktes auch bei gutem Fondsmanagement nie ausgeschlossen werden kann, dass große Verluste des Fondsvermögens eintreten.

Die Hamburger SPD erwartet, dass die Rentenkommission des Bundes ihre Ergebnisse zum geplanten Rentenpaket in diesem Sinne konkretisiert.

Überweisen an

Bundesparteitag und Bundestagsfraktion

Dig Digitalisierung / Mobilfunk**2026/I/Dig/2****Beschluss**

Annahme

Hamburg direkt aufs Handy – Informationen per Messenger

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg prüft in Zusammenarbeit mit den Bezirksämtern, ob und wie ein hamburgweit einheitlicher, datenschutzkonformer Messenger-Infodienst über die bestehenden Informationsmöglichkeiten (insbesondere DiPAS) hinaus eingerichtet werden kann, über den Bürgerinnen und Bürger kurz und regelmäßig über bezirkliche Themen informiert werden. Sobald die Prüfung erfolgreich ist, soll sich für jenen Messenger-Infodienst eingesetzt werden.

Der Messenger-Infodienst soll ein niedrighschwelliges, freiwilliges und verständliches Informationsangebot zu folgenden Themen darstellen:

- Bauvorhaben und Verkehrsänderungen, • Beteiligungsverfahren, Umfragen und Bürgerdialoge, • Freizeit-, Kultur- und Jugendangebote, • Förderprogramme und ehrenamtliches Engagement.

Das Modell soll zunächst im Rahmen eines Pilotprojekts in ein bis zwei Bezirken getestet und anschließend evaluiert werden.

Überweisen an

Senat

2026/I/Dig/3

Beschluss

Annahme

Bessere Finanzierung für das ZenDiS

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD Bundesparteitag beschließen:

Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich in der aktuellen Legislaturperiode für eine signifikant bessere Finanzierung (mindestens 25 Millionen pro Jahr) der bundeseigenen ZenDiS GmbH einzusetzen.

Überweisen an

Bundesparteitag

2026/I/Dig/6

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Künstliche Intelligenz strategisch sozialdemokratisch besetzen

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen:

Die SPD erkennt Künstliche Intelligenz als zentrales Zukunftsthema an und positioniert sich strategisch als gestaltende Kraft des technologischen Umbruchs. Auf Bundesebene entwickelt sie ein sozialdemokratisches Gesamtkonzept zur KI-Transformation, das wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigungssicherung, umfassende Qualifizierung und die faire Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an Produktivitätsgewinnen systematisch verbindet. Ein besonderes Augenmerk soll auf digitaler Souveränität liegen. Der Einsatz sowohl lokal betriebener als auch quelloffener KI-Modelle soll bevorzugt werden, insbesondere deutsche und europäische Modelle. Abhängigkeiten, vor allem von den USA, müssen reduziert werden. Ein Missbrauch von Daten muss durch technische Maßnahmen verhindert werden. Dies muss seinen Niederschlag im Grundsatzprogramm sowie in kommenden Wahlprogrammen auf Landes- und Bundesebene finden.

Überweisen an

Bundesparteitag

2026/I/Dig/7

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Digitale Verwaltung vorantreiben: Online-Beantragung von Dokumenten auch für die Bürger*innen

Die SPD Bürgerschaftsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Bürger*innen künftig zentrale Verwaltungsdokumente und Dienstleistungen direkt, vollständig und digital online beantragen können.

Dabei soll eine etablierte, sichere und datenschutzkonforme Authentifizierungsmethode, wie der elektronische Personalausweis (eID), genutzt werden.

Zudem müssen die Daten sicher, verschlüsselt und innerhalb von Deutschland auf möglichst selbstbetriebenen Systemen verarbeitet und gespeichert werden. Ein Abfluss der Daten ins Ausland, insbesondere in Drittländer wie die USA, ist zu verhindern.

Dies soll insbesondere für folgende Dokumente gelten:

Auszug aus dem Grundbuch

Meldebestätigung

Geburtsurkunde

Auszug aus dem Geburtenregister

Sterbeurkunde

Erbschein und Testament

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

Bez Bezirke

2026/I/Bez/1

Beschluss

Erledigt durch Bez/2

Mehr öffentliche Toiletten im gesamten Hamburger Stadtgebiet

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Bez/2

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Weiterer Ausbau des Netzes öffentlicher Toiletten

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an Bürgerschaftsfraktion beschließen:

Die SPD Bürgerschaftsfraktion und die SPD Senator*innen werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, das Netz öffentlicher Toiletten weiter auszubauen. Die Toiletten sollen zur Verbesserung der hygienischen Situation und der Aufenthaltsqualität, wie in vielen anderen Städten üblich, wenn möglich selbstreinigend gestaltet werden.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Bez/3

Beschluss

Erledigt durch Bez/4

Mehr Geld für die bezirkliche Seniorenarbeit einplanen!

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

2026/I/Bez/4

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Mehr Geld für die bezirkliche Seniorenarbeit einplanen!

Der Senat wird aufgefordert zu prüfen, inwiefern im Rahmen der künftigen Haushaltsplanung für den Bereich ‚Seniorinnen und Senioren‘ die entsprechenden Rahmenezuweisungen jährlich dynamisch an Preisentwicklung und Bevölkerungsentwicklung der über Sechzigjährigen gekoppelt werden können, sodass sowohl der vollständige Inflationsausgleich als auch der demografisch bedingte Mehrbedarf strukturell berücksichtigt werden.

Überweisen an

Senat

Org Organisation**2026/I/Org/1****Beschluss**

Annahme

Herstellung der Repräsentanz aller Landesverbände im Bundesvorstand der SPD – Statutenänderung zur Stärkung innerparteilicher Solidarität und demokratischer Beteiligung

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen, den folgenden Antrag an den Bundesparteitag der SPD weiterzuleiten: Die SPD verpflichtet sich, im Sinne innerparteilicher Solidarität und föderaler Ausgewogenheit künftig sicherzustellen, dass jeder Landesverband bzw. Bezirk im Bundesvorstand mit mindestens einem Mitglied vertreten ist. Dazu ist § 23 Abs. 1 des Organisationsstatuts wie folgt zu ändern und zu ergänzen: 1. lit. f) ändern in: „je ein in den Bundesparteivorstand gewählte(r) Vertreter*in eines jeden Bundeslandes (Grundmandat) und“ 2. neu lit. g) hinzufügen: „einer vom Parteitag festzusetzenden Zahl weiterer Mitglieder.“

Überweisen an

Bundesparteitag

2026/I/Org/2

Beschluss

Erledigt durch Org/1

Grundmandat für alle Landesverbände im Parteivorstand

Überweisen an

Bundesparteitag

2026/I/Org/3

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Antrag Round Table Wirtschaft Hamburg

Die Landesorganisation wird beauftragt, in Abstimmung mit der SPD Bürgerschaftsfraktion und dem SPD Landesvorstand eine Vernetzung der verschiedenen sozialdemokratisch orientierten, wirtschaftspolitischen Akteure (vor allem der wirtschaftspolitischen Arbeitskreise von Partei und Bürgerschaftsfraktion, der AG der Selbständigen (AGS), des Wirtschaftsforums Hamburg e.V., der AfA und des Managerkreis e.V.) herbeizuführen, um mit diesen zusammen ab dem Jahr 2027 eine kontinuierliche Reihe von branchenbezogenen wirtschaftspolitischen Fachkonferenzen der Hamburger SPD bzw. der Bürgerschaftsfraktion im Round-Table-Format zu initiieren und koordinierend zu begleiten. Ziel ist es, durch Bündelung aller Kräfte in einen starken, kontinuierlichen Dialog mit Unternehmen, Verbänden, Clustern, Kammern, Gewerkschaften, Wissenschaft, Finanzierungs- und Förderinstitutionen sowie Initiativen zu kommen. Die Ergebnisse der Veranstaltungen sollen Eingang finden in das Wahlprogramm Hamburg 2030-2035.

Überweisen an

SPD Hamburg, Bürgerschaftsfraktion, Senat

2026/I/Org/4

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Hamburg und Europa

Die SPD Landesvorsitzenden mögen sich bei der Bundes SPD (SPD Parteivorstand) aktiv und zeitnah dafür einsetzen, die Aufstellungslogik der SPD Bundesliste zur Europawahl dahingehend anzupassen, dass zukünftig auch die Berücksichtigung des SPD Landesverbands Hamburg auf einem aussichtsreichen Listenplatz bei der Europawahl sichergestellt ist.

Überweisen an

SPD Hamburg und Landesvorstand

Ini Initiativantrag**2026/I/Ini/1****Beschluss**

Annahme

Planungssicherheit für die Hamburger Hochschulen, auch in Zeiten komplizierter Haushaltslagen sichern!

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und der Hamburgischen Bürgerschaft werden dazu aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die Hamburger Hochschulen und Universitäten dabei unterstützt werden sollen, ihre Strukturen so zukunftssicher umzubauen, dass strukturelle Schäden abgewendet werden und gleichzeitig eine Anpassung an die aktuelle Haushaltslage möglich ist. Dazu sollen:

1. In einem gemeinsamen Verfahren zwischen Stadt und Hochschulen die Ziele der Strukturprozesse festgelegt werden. Neben Einsparungen sollen dabei insbesondere Studierbarkeit, Sozialverträglichkeit und Gleichstellung gesichert werden. Außerdem ist ein besonderes Augenmerk darauf zu legen, dass an die Exzellenzstrategie und die Exzellenzcluster angegliederte Bereiche oder Fächer nicht einseitig, zu Ungunsten anderer Bereiche oder Fächer bevorzugt werden. In diesen Prozess sollen alle Mitgliedergruppen der Hochschulen transparent eingebunden werden.
2. Die Mehrkosten, die in der Zeit der Erarbeitung und Umsetzung dieser Strukturentwicklungen anfallen, von der Stadt abgefangen werden, damit nicht steuerbare und kurzfristige Pauschalkürzungen keine strukturellen Schäden hinterlassen und der Strukturwandel nicht unter Spardruck durchgeführt werden muss.
3. Die Aufwuchsraten der Hochschulbudgets auf die tatsächlichen Kostensteigerungen durch Tarifanpassungen, Energiekostensteigerungen und IT-Infrastruktur angepasst werden, um die Entstehung struktureller Defizite nachhaltig zu verhindern.
4. Die Entwicklungsziele der Hochschulen regelmäßig evaluiert werden und die Potentiale, den Wissenschaftsstandort Hamburg zu stärken genutzt werden.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

Sport Sport**2026/I/Sport/1****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

Mitgemacht! Chronisch kranke Kinder im Sportunterricht fördern

Die SPD Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Hamburger Senats setzen sich dafür ein, folgenden Punkt in den Bildungsplan des Landes und in der Kultusministerkonferenz einzubringen:

- Die Integration von Sensibilisierungs- und kontinuierlichen Weiterbildungsmaßnahmen in die Sportlehrerbildung zu dem Thema chronische Krankheiten bei Kindern und Jugendlichen.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Sport/2

Beschluss

Erledigt durch Active City Map

Sportangebote leicht zugänglich machen

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Sport/3

Beschluss

Erledigt durch Resolution 2026/I/1 Olympia ist eine Chance für alle. Ja zu Olympischen und Paralympischen Spielen in Hamburg

Olympische und Paralympische Spiele mit Mehrwert für die Quartiere – Verbesserungen für Alltag, Sport, Mobilität und Stadtverträglichkeit sicherstellen

Überweisen an

SPD Hamburg

AUSSEN Außenpolitik**2026/I/AUSSEN/1****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

Für ein gemeinsames Einwirken der europäischen Partner auf Israel zur Einhaltung des Völkerrechts in Gaza

Der Bundesvorstand der SPD und die Mitglieder der Bundestagsfraktion der SPD bekennen sich ohne Ausnahme zum Völkerrecht und dessen Einhaltung und setzen sich deshalb dafür ein, dass die deutsche Bundesregierung in enger Zusammenarbeit mit ihren europäischen Partnern ihre freundschaftlichen Beziehungen zu Israel nutzt, entschlossen auf einen Stopp des völkerrechtswidrigen Vorgehens in Gaza und der Westbank hinzuwirken.

Sie unterstützen die aktuell laufenden Verhandlungen über einen möglichen Friedensschluss in Gaza und alle Schritte, die das akute Leid in der Region reduzieren können. Mit Rücksicht auf diese Priorität behalten sie sich, wo nötig, vor, einen Stopp des EU-Assoziierungsabkommens und eine Aufhebung von Handelserleichterungen als Mittel zu nutzen, die Einhaltung des Völkerrechts zu erwirken. Sie koppeln Waffenlieferungen strikt an eine Verwendungsklausel, die einen Einsatz in Gaza ausschließt.

Die an Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter beteiligten Organe (BMWE, BAFA) sollen die Verwendung dabei im Rahmen ihrer Pflichten nach dem Arms Trade Treaty und dem deutschen Kriegswaffenkontrollgesetz kontrollieren. Hierzu gehört explizit die Ablehnung solcher Rüstungsexporte, deren völkerrechtswidriger Einsatz plausibel ist.

Sie setzen sich dafür ein, die erfolgte Massengeiselnahme vom 07.10.2023 sofort durch Freilassung aller Geiseln durch die Hamas zu beenden.

Überweisen an

Bundesparteitag

2026/I/AUSSEN/2

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Strategische Partnerschaften mit dem Globalen Süden systematisch bündeln – modellhafte ressortübergreifende Koordination prüfen

Der Landesparteitag möge zur anschließenden Weiterleitung an den Senat und die SPD Bürgerschaftsfraktion beschließen: Strategische Partnerschaften mit Ländern und Regionen des Globalen Südens bestehen in Hamburg bereits in unterschiedlichen fachpolitischen Zusammenhängen und werden in mehreren Ressorts mit jeweils eigenen Schwerpunkten entwickelt. Um diese Ansätze künftig wirksamer aufeinander zu beziehen, erscheint es sinnvoll, strategische Partnerschaften mit dem Globalen Süden systematisch zu bündeln und im Rahmen einer modellhaften ressortübergreifenden Koordination auf ihren gemeinsamen Mehrwert hin zu prüfen. Eine verbesserte Abstimmung kann dazu beitragen, vorhandene Kontakte, Vorhaben und Zielsetzungen transparenter zusammenzuführen, Kommunikationswege zwischen den beteiligten Bereichen zu stärken und Synergien frühzeitig nutzbar zu machen. Auf diese Weise könnten internationale Kooperationen kohärenter weiterentwickelt und stärker entlang gemeinsamer strategischer Zielsetzungen ausgerichtet werden.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

Wis Wissenschaft**2026/I/Wis/2****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

Faire Nachqualifikation für Public Management-Studierende zur Stärkung des öffentlichen Dienstes in Hamburg

Der SPD Landesvorstand sowie die SPD Bürgerschaftsfraktion werden darum gebeten, sich einzusetzen, dass für Bachelor PuMa-Studierende (Public Management) an der HAW Hamburg, die das Bachelorstudium einmalig nicht bestehen, eine faire und chancengerechte Regelung geschaffen wird, die eine Nachqualifikation in angemessener Frist ermöglicht und keine vollständige Wiederholung der Ausbildung im mittleren Dienst über 2 bzw. 2,5 Jahre verlangt. Dabei soll insbesondere durch die Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung sowie das Personalamt geprüft und angestrebt werden: 1. Ob analog zu anderen Bundesländern (z. B. Thüringen) eine verkürzte Ausbildung von einem Jahr eingeführt werden kann, 2. wie sich eine solche Regelung positiv auf die Gewinnung und den Verbleib von Nachwuchskräften im öffentlichen Dienst Hamburgs auswirken würde, 3. inwiefern das bestehende Ausbildungsrecht und Prüfungswesen auf Landesebene flexibilisiert und sozial gerechter gestaltet werden kann, 4. ob entsprechende Empfehlungen in Zusammenarbeit mit der HAW Hamburg, dem Personalamt sowie Studierendenvertretungen erarbeitet werden können.

Überweisen an

Landesvorstand und Bürgerschaftsfraktion

2026/I/Wis/3

Beschluss

Annahme

Prüfung Einrichtung eines sogenannten „EGovLabs“ an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW)

Der SPD Landesvorstand sowie die SPD Bürgerschaftsfraktion werden darum gebeten, sich dafür einzusetzen, dass die Einrichtung eines sogenannten „EGovLabs“ an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) geprüft wird. Bei positiver Bewertung der Umsetzbarkeit wird sich für die Einrichtung der „EGovLabs“ eingesetzt. Dabei soll insbesondere durch die Behörde für Wissenschaft, Gleichstellung und Forschung geprüft werden:

1. Inwieweit ein solches EGovLab als Ort für die wissenschaftliche Begleitung, Analyse und Mitgestaltung von Digitalisierungsprozessen in der Hamburger Verwaltung dienen kann,
2. welche Rolle das EGovLab bei der Evaluation und Entwicklung von innovativen E-Government-Angeboten, etwa im Bereich der digitalen Bürger*innenservices, übernehmen könnte,
3. wie eine enge Zusammenarbeit mit bestehenden Akteur*innen wie der Innotech Hamburg GmbH, dem Amt für IT und Digitalisierung sowie der öffentlichen Verwaltung organisiert werden kann,
4. inwiefern Studierende und Wissenschaftler*innen der HAW strukturell eingebunden und gleichzeitig demokratische, soziale und datenschutzrechtliche Standards im Sinne einer gemeinwohlorientierten Digitalisierung gesichert werden können,
5. welche Förderprogramme auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene zur Finanzierung genutzt werden könnten,
6. und wie das EGovLab mittelfristig als Qualifizierungs- und Transferort zwischen Wissenschaft und öffentlicher Hand aufgebaut werden kann.
7. Inwiefern die Verwendung von Open-Source-Software in der Verwaltung vorangetrieben werden kann.

Überweisen an

Landesvorstand und Bürgerschaftsfraktion

2026/I/Wis/4**Beschluss**

Annahme

Stopp mit der Doppelfinanzierung

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die sozialdemokratischen Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft setzen sich dafür ein, dass durch die Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung gemeinsam mit der Universität Hamburg eine Prüfung darüber vornimmt, ob Lehrmaterialien, die in ihrer Entwicklung bereits finanziell durch den Staat gefördert werden, mit weiteren finanziellen Mitteln von Herausgebenden erworben werden müssen.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

2026/I/Wis/5

Beschluss

Erledigt durch Annahme Ini 1 „Planungssicherheit für die Hamburger Hochschulen, auch in Zeiten komplizierter Haushaltslagen sichern!“

Gute Wissenschaft braucht gute Finanzierung! – Strukturelle Finanzierung der Hamburger Hochschulen erhöhen!

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2026/I/Wis/6**Beschluss**

Annahme

Implementierung digitaler Wissensquiz im öffentlichen Raum für Erwachsene

Der Landesparteitag möge zur Umsetzung durch den Hamburger Senat beschließen:

Der Hamburger Senat möge im öffentlichen Raum (z. B. Infoscreen) ein Wissensquiz zur Medien- Nachrichten- und Informationskompetenz für Erwachsene implementieren. Im Anschluss dieser selbstauswertenden Tests sollen barrierearme Anlaufpunkte zum weiteren Training/Kurse zum besseren digitalen Medienverständnis genannt werden (z.B. das geplante Medienkompetenzzentrum in den Deichtorhallen).

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft